

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 14. Dezember 1981

zur Verabschiedung des Jahresberichts über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft und zur Festlegung der wirtschaftspolitischen Leitlinien für 1982

(81/1056/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 74/120/EWG des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft⁽¹⁾, in der Fassung der Entscheidung 75/787/EWG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments⁽³⁾,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses⁽⁴⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Für die Republik Griechenland liegen die erforderlichen Angaben zur Festlegung der wirtschaftspoli-

tischen Leitlinien für 1982 nicht vor. Diese Entscheidung ist deshalb so bald wie möglich durch entsprechende Leitlinien zu ergänzen und gleichzeitig gegebenenfalls zu überprüfen —.

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der Rat verabschiedet den im Anhang unter Nummer 2 enthaltenen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft (1981) und legt die unter den Nummern 3, 4 und 5 enthaltenen Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im Jahr 1982 fest.

Artikel 2

Der Rat ergänzt diese Entscheidung so bald wie möglich durch die Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Republik Griechenland im Jahr 1982 und überprüft diese Entscheidung insgesamt im Hinblick auf diese Leitlinien.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 1981.

Im Namen des Rates

Der Präsident

G. HOWE

(1) ABl. Nr. L 63 vom 5. 3. 1974, S. 16.

(2) ABl. Nr. L 330 vom 24. 12. 1975, S. 52.

(3) ABl. Nr. C 327 vom 14. 12. 1981, S. 39.

(4) Stellungnahme vom 25. November 1981 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

ANHANG

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 1981-1982

1. VORWORT

Der Entwurf des Jahreswirtschaftsberichts der Kommission für 1981-1982 wird den Gemeinschaftsorganen gemäß der Entscheidung des Rates von 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten ⁽¹⁾ vorgelegt. Danach verabschiedet der Rat jeweils im vierten Quartal auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft und legt Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten fest.

2. RÜCKBLICK UND AUSBLICK

i) 1981: Die Bewältigung des zweiten Ölschocks bei instabilem Dollar

Es sieht nunmehr so aus, als werde das reale Sozialprodukt 1981 bestenfalls etwa gleich groß sein wie 1980, während die Kommission im letzten Jahresbericht vor einem Jahr eine Zunahme um 0,6 % vorausgeschätzt hatte (siehe Tabelle 1). Die Rezession hat zwei Quartale länger gedauert als erwartet.

Am meisten haben zu diesem Unterschied zwischen Vorausschätzung und tatsächlichem Ergebnis die kräftige Höherbewertung des US-Dollar und der damit zusammenhängende weltweite Zinsanstieg beigetragen. Bei den letztjährigen Vorausschätzungen wurde zwar von einer Höherbewertung des US-Dollar gegenüber der ECU ausgegangen, doch war der Anstieg um 34 %, der in den zwölf Monaten bis September 1981 zu verzeichnen war, weit stärker als erwartet. Außerdem wurde für 1981 mit Zinssenkungen gerechnet.

Infolge dieser Entwicklung werden sich die Einfuhrpreise der Gemeinschaft 1981 voraussichtlich noch stärker erhöhen als 1980 (16,5 % gegenüber 14,5 %), und ihre Austauschrelationen werden sich ebenfalls stärker verschlechtern (4 % gegenüber 3 %). Der Dollarschock von 1981 hatte in dieser

Hinsicht somit die gleiche Größenordnung wie der zweite Ölschock von 1980, obwohl die beiden Schocks anderweitig, z.B. in ihren Auswirkungen auf Nachfrage und Wettbewerbsfähigkeit, verschiedenartig sind.

Der Ölpreis hat sich 1981 bei durchschnittlich etwa 35 % stabilisiert, was mehr oder weniger dem vor einem Jahr vorausgeschätzten Stand entsprach. Die Wechselkursbewegungen haben der Gemeinschaft nicht alle Möglichkeiten genommen, von der Ölpreisstabilisierung zu profitieren, denn ein schwächerer Dollar hätte wahrscheinlich auch den Druck zur Stabilisierung des nominalen Ölpreises vermindert.

Der rasche Anstieg der Einfuhrpreise hat zur Folge, daß sich die Verbraucherpreise 1981 wahrscheinlich erheblich rascher erhöhen als ursprünglich vorausgeschätzt (11,3 % gegenüber 9,7 %), obwohl sich die Lohnentwicklung nur geringfügig beschleunigt hat. Allgemeine Fortschritte beim Abbau der Inflation wurden somit 1981 nicht erzielt. Aus den Restriktionen bei den Einkommen der privaten Haushalte resultierten ein niedriges Niveau des privaten Sparens sowie ein leichter Rückgang des realen privaten Verbrauchs im Vergleich zu dem erwarteten Anstieg um 2 %. Auch die Investitionen und der Lageraufbau sind — zweifellos unter dem Einfluß der sehr hohen Zinssätze — schwächer ausgefallen als erwartet.

⁽¹⁾ Artikel 4 der Entscheidung 74/120/EWG vom 18. Februar 1974 in der Fassung der Entscheidung 75/787/EWG vom 18. Dezember 1975.

TABELLE 1
Die Wirtschaft der Gemeinschaft 1960 bis 1982

Jahre	BIP Realer Zuwachs	Produktivitätszuwachs	Anstieg der Verbraucherpreise	Einkommen aus unselbständiger Arbeit	Leistungsbilanz	Defizit des Gesamtstaates	Sparquote der privaten Haushalte	Zuwachs der Geldmenge M2/M3	Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen
	% (3)	% (4)	% (3)	% (3)	% des BIP	% des BIP	%	% (5)	%
1960-1969	5,0	4,8	3,4	8,4	0,4	-0,4		8,0	2,1
1970-1979	3,3	2,9	8,8	13,0	0,1	-2,4	13,8	13,8	3,8
1979	3,4	2,6	9,6	10,6	-0,5	-3,6	17,1	11,9	5,4
1980	1,1	0,9	11,8	13,4	-1,4	-3,5	16,3	10,5	6,0
1981 letzter Bericht (1)	(0,6)	(0,9)	(9,7)	(10,3)	(-1,2)	(-3,9)	(16,9)	(9,0)	(6,8)
1981 vorliegender Bericht	-0,5	0,8	11,3	11,5	-1,2	-4,4	16,2	11,2	7,8
1982 (2)	2,0	2,1	10,4	10,8	-0,9	-4,1	16,1	9,9	8,5
Halbjahre									
1981 I	-0,2	1,3	12,1	:	-1,3	:	:	:	7,4
1981 II (2)	1,1	2,3	11,1	:	-1,2	:	:	:	8,2
1982 I (2)	2,2	2,0	10,8	:	-1,0	:	:	:	8,5
1982 II (2)	2,7	2,2	9,8	:	-0,9	:	:	:	8,6

(1) Vom 15. Oktober 1980.

(2) Vorausschätzungen der Kommissionsdienststellen, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

(3) Prozentuale Veränderung gegenüber dem vorherigen Zeitraum.

(4) Je Beschäftigten, Gesamtwirtschaft.

(5) Ende des Zeitraums gegenüber Stand vor 12 Monaten.

Die starke Verbesserung in der internationalen Preiswettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft bewirkte jedoch einen gewissen Ausgleich bei der Nachfrage, und die Ausfuhren nach Drittländern dürften nunmehr im gesamten Jahr 1981 um 4,5 % steigen, während man vor einem Jahr mit einer Zunahme um 2,5 % gerechnet hatte. Trotz ungünstigeren Austauschrelationen wird das Leistungsbilanzdefizit 1981 etwa gleich hoch sein wie 1980.

Die schwächere Wirtschaftstätigkeit und das zunehmende Arbeitskräfteangebot haben auch die Arbeitslosigkeit steigen lassen, doch überschreitet die nunmehr für das ganze Jahr 1981 geschätzte Arbeitslosenquote von 7,8 % die früher geschätzten 6,8 % stärker, als aufgrund früherer Relationen zwischen Produktion und Beschäftigung zu erwarten gewesen wäre.

Was die wirtschaftspolitischen Instrumente betrifft, so scheint die Geldmenge in der gesamten Gemeinschaft um durchschnittlich 11 % zugenommen zu haben, während im letzten Jahresbericht für 1981 eine Zuwachsrate von 9 % vorausgesagt worden war. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Geldmenge im abgesteckten Bereich gehalten, während andere Länder die im letzten Jahresbericht

vorausgeschätzten Zuwachsraten überschreiten dürften.

Für die Haushaltspolitik bedeutete die Verzögerung der Erholung steigende Defizit-Tendenzen bei geringeren Steuereinnahmen und höheren Ausgaben — in der Regel für Arbeitslosenunterstützung und Zinsen. Während diese Einflüsse die Haushaltsdefizite um etwa 1,5 % des BIP vergrößert haben dürften, unternahmen die Regierungen Schritte zur Einschränkung dieses Anstiegs mit Hilfe restriktiver Maßnahmen im Umfang von rund 1 % des BIP, so daß sich ein durchschnittliches Defizit von 4,4 % des BIP ergibt, während im letzten Jahresbericht mit 3,9 % gerechnet wurde.

Das Europäische Währungssystem hat 1980-1981 insofern nach wie vor zufriedenstellend funktioniert, als die Schwankungen wesentlich geringer geblieben sind als im letzten Jahrzehnt (Siehe Tabelle 2). Die beiden Anpassungen der Leitkurse vom 22. März und 4. Oktober 1981 (siehe Tabelle 3) haben bestätigt, daß es in dem System möglich ist, vernünftige Korrekturen in Übereinstimmung mit grundlegenden wirtschaftlichen Kriterien vorzunehmen und gleichzeitig sprunghafte und irrationale Wechselkursbewegungen zu vermeiden.

TABELLE 2

Konvergenz- und Divergenz-Indikatoren in der Gemeinschaft 1960 bis 1982

Jahre	BIP pro Kopf der Bevölkerung (V.K.)		Verbraucherpreise Veränderung in % (S.A.)	BIP-Deflator Veränderung in % (S.A.)	Wechselkursveränderungen (Mittel)		Finanzierungsdefizit des Gesamtstaates % des BIP (S.A.)	Geldmenge Veränderung in % (S.A.)
	KKP	LWK			EG-10	EWS		
1960-1970	12,4	18,8	1,4	1,7	1,1	1,0	1,9	3,3
1970-1980	14,6	26,4	3,6	4,3	4,0	3,7	3,7	5,1
1979	15,7	29,5	4,8	4,9	2,7	1,8	3,7	5,4
1980	15,2	23,6	6,2	6,2	4,6	2,4	3,9	4,9
1981	15,3	20,9 ⁽³⁾	6,0	6,1	3,2 ⁽²⁾	2,1 ⁽²⁾	4,4	3,9
1982 (Vorausschätzung)	15,8	—	5,5	5,6	—	—	4,4	3,8

Abkürzungen:

V.K. = Variationskoeffizient (Standardabweichung, geteilt durch Mittel).

S.A. = Standardabweichung.

Mittel = mittlere Veränderung von Währungen gegenüber der ECU im Vergleich zum Vorjahr.

KKP = Kaufkraftparität.

LWK = Laufende Wechselkurse.

⁽¹⁾ Erste Jahreshälfte.⁽²⁾ Zu Wechselkursen von Mitte 1981.*Quelle:* Kommissionsdienststellen.

Die Konvergenz wirtschaftlicher Grundentwicklungen war jedoch viel schwächer, ja sogar in hohem Maße unzureichend. Das Gefälle bei den Inflationsraten (gemessen an der Standardabweichung der Verbraucherpreiserhöhungen) hat 1980 und 1981 noch mehr zugenommen als 1975-1976 nach dem ersten Ölschock. Die Haushaltspolitiken haben sich gegenüber dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts und in noch stärkerem Maße im Vergleich zu den sechziger Jahren mehr und mehr auseinanderentwickelt (was auch in Tabelle 2 an der Standardabweichung der Staatsdefizite, ausgedrückt in % des BIP, abzulesen ist). Zwar sind strukturelle Unterschiede zwischen den Haushalten der einzelnen Länder zu erwarten, doch lassen sich größere Abweichungen in der Reaktion der Haushaltspolitik auf einen Schock wie die Ölpreiserhöhungen nur schwer mit den Zielen der Wechselkursstabilität im EWS vereinbaren. Nach wie vor bestanden Unterschiede in dem Ausmaß, in dem der erste Ölschock im Reallohn-Niveau absorbiert wurde.

ii) 1982: Aussichten auf eine konjunkturelle Erholung

Bei den Aussichten für das kommende Jahr sind drei wesentliche Punkte zu bedenken, nämlich die Art der zyklischen Erholung, die sich zwischen dem jetzigen Zeitpunkt und Mitte 1982 entwickeln dürfte, die Art der Hauptrisiken, die dieses Bild der kurzfristigen Zukunft belasten, sowie die Art des mittelfristigen Entwicklungspfads, auf dem sich die Wirtschaft der Gemeinschaft Ende 1982 befinden könnte.

Eine gewisse zyklische Erholung scheint jetzt einzusetzen. Die Konjunkturumfragen der Gemeinschaft deuten hierauf hin, auch wenn der Aufschwung nur in mäßigem Tempo erfolgen dürfte. 1982 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 % höher ausfallen als 1981, wobei sich die Wachstumsrate im Verlauf des Jahres auf 2,5 % bis 3 % erhöhen könnte. Es ist damit zu rechnen, daß die Ausfuhren die dynamischste Nachfragekomponente bilden (+ 6 %), während die Inlandsnachfrage um nur 1,5 % zunehmen dürfte. Der Verbraucherpreisauftrieb könnte für das gesamte Jahr auf etwa 10,5 % zurückgehen, und das Leistungsbilanzdefizit dürfte auf 0,9 % des BIP schrumpfen. Die Geldmenge wird voraussichtlich etwas langsamer expandieren, während sich die öffentlichen Defizite, wenn man von den derzeit bekannten Haushaltsplänen ausgeht, im Durchschnitt auf 4,1 % des BIP etwas verringern dürften. Die Arbeitslosigkeit sollte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1982 bei ungefähr 8,5 % stabilisieren.

Bei der zyklischen Erholungsphase, die — falls weitere Schocks vermieden werden können — für die nächsten zwölf Monate erwartet wird, stellt sich die Frage, ob die Gemeinschaft dann ein Wachstum erreicht haben wird, das sich aufrechterhalten läßt und das stark genug ist, um Arbeitslosigkeit zu absorbieren. Die Antwort ist keineswegs klar. Die letzte zyklische Erholung (1978-1979) brach zusammen, nachdem zwei Jahre lang ein Wachstum von 3,5 % erzielt wurde, und hatte die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum gerade stabilisiert. Unmittelbare Ursache des Zusammenbruchs war

TABELLE 3
Wechselkursanpassungen im Europäischen Währungssystem 1981

Währungen	Auf- (+) oder Abwertung (-) der bilateralen Leitkurse		Mit den Leitkurs- änderungen verbundene Änderung effektiver Wechselkurse (2)	
	22. März 1981	4. Oktober 1981	22. März 1981	4. Oktober 1981
DM	0	+5,5	+1,4	+5,9
hfl	0	+5,5	+0,6	+3,7
dkr	0	0	+0,9	-2,5
bfrs/lfrs	0	0	+0,6	-1,8
Ir£	0	0	+0,6	-1,4
ffrs	0	-3	+1,8	-4,5
Lit	-6	-3	-6,0	-4,6
(£Stg) (1)	(+22,7)	(-9,9)	—	—

(1) Das Pfund Sterling ist in der ECU enthalten, nimmt jedoch nicht am Wechselkursmechanismus des EWS teil. Aus technischen Gründen wird in dem System für das Pfund ein begrifflicher Leitkurs angenommen; bei beiden Anpassungen wurde dieser Leitkurs gemäß des Marktkurses des Pfundes gegenüber einer Referenzwährung (am 22. März der hfl, am 4. Oktober die dkr), wie er sich am Tag vor der Anpassung ergeben hatte, geändert.

(2) Gegenüber den am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligten Währungen.

zwar der zweite Ölschock, doch war es auch eine Tatsache, daß viele Industrien wegen geringer früherer Kapitalbildung mit hoher Kapazitätsauslastung arbeiteten. Die Erfahrung liefert eine deutliche Warnung, daß die zyklische Erholungsphase

mit grundlegenden Änderungen in der Struktur der europäischen Wirtschaft einhergehen muß und daß die Sozialpartner einen Beitrag leisten müssen, wenn sie zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen soll.

3. EINE SKIZZE FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER GEMEINSCHAFT

Die wirtschaftspolitischen Leitlinien in der Gemeinschaft für die nächste Zukunft können in drei Themengruppen zusammengefaßt werden:

- i) Dringende wirtschaftliche Fragen, die sich aus der internationalen Währungslage ergeben und auf Entscheidungen über die Staatshaushalte und — in mehreren Fällen — über inländische Geldmengenziele für 1982 sowie in allgemeinen Lohnverhandlungen in der nächsten Tarifrunde;
 - ii) notwendige Verbesserungen des institutionellen Rahmens und der Grundregeln der Wirtschaftspolitik; dabei geht es insbesondere darum, die divergierenden Tendenzen in der Finanzpolitik und der Kostenentwicklung zwischen den Mitgliedstaaten umzukehren;
 - iii) die längerfristige Einstellung gegenüber der grundlegenden Notwendigkeit in der Gemeinschaft, mehr zu investieren und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.
- i) **Drängende Fragen der Wirtschaftspolitik nach der Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem vom Oktober**

Die Neuordnung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem vom 4. Oktober war ein Akt vernünftiger Handhabung des Systems. Während die Divergenzen, die zur Kursanpassung führten, wirksamer bekämpft werden müssen, stand diese selbst mit den Regeln des Systems im vollen Einklang. Die teilnehmenden Länder werden gegenseitig von sprunghaften und übertriebenen Wechselkursbewegungen abgeschirmt. Für die unmittelbare Zukunft muß die Wirtschaftspolitik auf zweierlei Weise angepaßt werden:

- a) die Gemeinschaft muß sich auf eine Strategie festlegen, die geeignet ist, eine außerordentlich unruhige internationale Währungslage erfolgreich durchzustehen;
- b) die innere Wirtschaftspolitik für 1982 muß so gestaltet werden, daß die Wechselkursänderungen Früchte bringen und daß die konjunkturelle Erholung in der Gemeinschaft im Laufe des nächsten Jahres eine festere Grundlage bekommt.

Um für 1982 eine erfolgreiche Strategie zu verfolgen, ist es notwendig, daß die nationale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Mit-

gliedstaaten so festgelegt wird, daß diese Elemente der nach außen gerichteten Wirtschaftspolitik unterstützt werden und daß sie zwischen den Mitgliedstaaten übereinstimmt. Dabei sind die Leitkursanpassung im Europäischen Währungssystem sowie der Zwang zu besserer Konvergenz zu berücksichtigen.

Diese Vorschläge in die Praxis umzusetzen ist außerordentlich schwierig, da außerdem damit zwangsläufig umstrittene Fragen aufgeworfen werden. Die Schlüsselentscheidungen werden zur Zeit mit den Haushaltsentwürfen für 1982 getroffen, von denen einige bereits den nationalen Parlamenten vorliegen, ferner in einigen der größeren Mitgliedsländer mit der Festlegung von nationalen Geldmengenzielen für 1982 im Laufe des Herbstes sowie mit den bevorstehenden wichtigen Tarifverhandlungen über die künftige Lohnentwicklung — in einigen Ländern wie in Deutschland für ein Jahr, in Ländern wie Italien für bis zu drei Jahren. Die Komplexität folgt aus der Tatsache, daß im Rahmen einer optimalen Gemeinschaftspolitik die drei Entscheidungsvariablen — Staatshaushalt, Geldmenge, Einkommen — untereinander konsistent sowohl innerhalb eines jeden Landes als auch zwischen Ländern festgelegt werden müssen. Darüber hinaus sind an diesem Entscheidungsprozeß verschiedene Arten von Institutionen beteiligt, und das aus verständlichen Gründen (der folgende Abschnitt kommt auf institutionelle Fragen zurück).

Die erste Besonderheit der Aussichten für 1982 ist die Beziehung zwischen Haushalts- und Geldpolitik. Die expansiven Effekte einer Haushaltspolitik, die auf ein steigendes Defizit hinausläuft, werden heute mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit weitgehend durch steigende Zinssätze zunichte gemacht. In entsprechender Weise werden budgetpolitische Maßnahmen, die auf niedrigere Defizite abzielen, wahrscheinlich in ihrer kontraktiven Wirkung erheblich durch fallende Zinssätze ausgeglichen.

Die zweite Besonderheit besteht darin, daß der Neuordnung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem interne wirtschaftspolitische Anpassungen folgen müssen. Für aufwertende Länder ist die Stabilitätspolitik gestärkt worden, die Aussichten auf niedrigere Zinssätze haben sich gebessert, und damit sollte die güterwirtschaftliche Seite gestützt werden. Die abwertenden Länder sollten die Gelegenheit nutzen, jetzt ihre Außenwirtschaft rascher anzupassen; sie müssen deshalb ihre Anstrengungen verstärken, um Kostensteigerungen zu vermeiden, um die Budgetpolitik strenger zu kontrollieren und um die Geldpolitik so zu gestalten, daß die neuen Leitkurse dauerhaft sind.

Unter den gegenwärtigen Umständen könnte die voraussichtliche Verminderung des deutschen Haushaltsdefizits zum Rückgang der deutschen Zinssätze deutlich beitragen, die in realen Werten hoch sind. Die Stärke des Einflusses auf die Zinssätze ist zwar nicht leicht zu quantifizieren, könnte jedoch wegen der schon geschilderten internationalen Währungssituation besonders intensiv sein.

Damit dieser Fall eintritt, muß jedoch eine Reihe von weiteren Bedingungen erfüllt sein:

- i) ein „overkill“ bei der Sanierung der Staatsfinanzen muß vermieden werden, und
- ii) das Vorgehen aller Mitgliedstaaten muß konvergent sein, das heißt, die wirtschaftspolitischen Anpassungen müssen konsistent sein, was nicht gleichbedeutend mit identisch ist.

Es könnte die Gefahr des „overkill“ entstehen, und zwar in folgender Weise: Haushaltspolitische Schritte würden die Nachfrage dämpfen und somit zu einer verminderten Wirtschaftstätigkeit führen, wodurch das Budgetdefizit automatisch wieder steigt; daraufhin werden neue restriktive Maßnahmen ergriffen, damit einmal festgelegte Ziele für das Haushaltsgleichgewicht eingehalten werden. Schritte zur Verringerung der Defizite haben auf die Nachfrage fast unvermeidlich gewisse kontraktive Auswirkungen, die jedoch durch monetäre und außenwirtschaftliche Effekte ausgeglichen werden können. Das Risiko einer Rezession ist dann besonders groß, wenn die haushaltspolitische Restriktion im Vergleich zur angestrebten Zinssenkung Übermäßig scharf ist oder wenn die Restriktion von einer ernsthaften Überbewertung der Währung begleitet wird oder wenn die Kosten in einem Maße steigen, daß die Volkswirtschaft ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einbüßt. Daraus geht hervor, daß ein Urteil darüber, ob eine restriktive Budgetpolitik „deflationistisch“ ist, nicht einfach zu fällen ist. Viel hängt von dem monetären Rahmen ab und davon, ob die Sozialpartner die Politik zur Stabilisierung und zur Anpassung ihrer Einkommen unterstützen oder mißachten.

Damit alle Mitgliedstaaten von der erhofften Zinssenkung profitieren, ist es notwendig, daß der budgetpolitische Weg aller Länder konvergent ist. Geschieht das nicht, werden die Früchte bestenfalls ungleichmäßig verteilt, aber schlimmer ist, daß die gesamte Strategie zusammenbrechen kann, unter anderem durch das Entstehen neuer Wechselkursspannungen. Im Falle der Niederlande scheint der Haushaltsentwurf für 1982, soweit das Haushaltsgleichgewicht betroffen ist, weitgehend mit der deutschen Linie in Einklang zu stehen, obwohl Besteuerung und Staatsausgaben in den Niederlanden viel höher bleiben. Im Jahr 1981 war die belgische, dänische, irische und italienische Entwicklung ernstlich divergent, da die Haushaltsdefizite in diesen Ländern eine außerordentliche Höhe erreichten. Im Jahr 1982 sollte die Haushaltspolitik in diesen Ländern wenigstens damit beginnen, zu niedrigeren Größenordnungen zurückzukehren. Die bisher veröffentlichten Haushaltsentwürfe sind kaum mehr als erste Schritte in diese Richtung. Die Regierungen sollten es unter keinen Umständen zulassen, daß diese Höhen überschritten werden, wie es 1981 in bezug auf die ursprünglichen Haushaltsziele geschah: die Neuordnung der Wechselkurse macht es im Gegenteil möglich, ehrgeizigere Sparziele für die öffentlichen Haushalte ins Auge zu fassen. Frankreich befindet sich in einer beson-

deren Lage : 1980 war es das einzige Land mit einem unbedeutenden Haushaltsungleichgewicht. Seither ist das französische Defizit ziemlich rasch angestiegen, aber der im Haushaltsentwurf für 1982 angesetzte Fehlbetrag bleibt, gemessen als Anteil am Sozialprodukt, unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt. Die Regierung muß jedoch das Ausmaß des haushaltspolitischen Wandels sehr sorgfältig kontrollieren. Darüber hinaus können die Ausfuhr dank der Wechselkursanpassung im EWS einen Teil der Nachfragebelebung übernehmen, die ursprünglich dem Haushaltsplan für 1982 zugewiesen war.

Bei der Zusammensetzung der für 1982 verabschiedeten Haushaltspläne besteht für alle Mitgliedstaaten eine gemeinsame Priorität darin, Raum für notwendige Ausgaben für Beschäftigungsprogramme sowie für die Stimulierung der Investitionen zu finden. Damit allgemeine finanzpolitische Grenzen respektiert werden, müssen dazu die bestehenden Pläne für laufende Ausgaben geändert werden. Es ist möglich, wichtige Änderungen vorzunehmen, ohne vitale öffentliche Dienstleistungen zu berühren. So sollten zum Beispiel bei den gegenwärtigen demographischen Veränderungen Mittel von der schulischen Ausbildung zur beruflichen Ausbildung verlagert werden, da die zahlenmäßig stark besetzten Jahrgänge älter werden. Die Haushaltsposten für die soziale Sicherheit müssen daraufhin überprüft werden, ob ihr Wachstum begrenzt, ihre Finanzierung neu überdacht und ihre Wirksamkeit verbessert werden kann.

Bei der Festlegung monetärer Ziele für 1982 wäre es im Prinzip erwünscht, die vorherige Abstimmung innerhalb der Gemeinschaft zu verbessern, bevor die Zentralbanken ihre geldpolitische Linie in voller Übereinstimmung mit ihrer nationalen institutionellen Position beschließen. Für 1981 werden viele Zentralbanken, mit Ausnahme der Deutschen Bundesbank, ihre anvisierten Zuwachsraten für die Geldmenge oder das Kreditvolumen oder die von der Kommission in der letzten Jahreswirtschaftsübersicht vorausgeschätzten Raten voraussichtlich überschreiten. Für 1982 müssen die monetären Aggregate innerhalb der Grenzen kontrolliert werden, die eine deutliche Abschwächung der Inflationsrate begünstigen; dadurch würde auch der Rückgang der Nominalzinsen erleichtert, ohne daß die neuen Leitkurse im Europäischen Währungssystem gefährdet würden.

In der Gemeinschaft herrscht Übereinstimmung darüber, daß rasch und entschieden gegen die Arbeitslosigkeit vorgegangen werden muß. Die richtige finanzielle Strategie wird dabei hilfreich sein. Im Rahmen dieser finanziellen Strategie müssen direkte Arbeitsmarkthilfen, auf die weiter unten eingegangen wird, verstärkt werden. Die Erfahrungen Deutschlands nach dem ersten Ölchock und Japans in jüngerer Zeit zeigen, wie eine schnelle und deutliche Anpassung der Löhne an die Erfordernisse einer veränderten Lage es möglich macht,

ernste ökonomische Schwierigkeiten zu überwinden. In der gegenwärtigen Situation ist Europa dank der Wechselkursänderungen nach außen gegenüber Dollar und Yen sowie innerhalb der Gemeinschaft im Rahmen des Europäischen Währungssystems erheblich wettbewerbsfähiger geworden. Das ist eine wichtige Gelegenheit für die europäische Industrie und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. In der nächsten Lohnrunde haben die Sozialpartner darüber zu entscheiden, ob die verbesserte Wettbewerbskraft erhalten bleibt und ob gleichzeitig zum Rückgang von Inflation und Zinsen beigetragen wird. Dies zu tun bedeutet, in mehreren Ländern Reallohnsteigerungen zu akzeptieren, die für einige Zeit unter dem Produktivitätszuwachs liegen, damit die Volkswirtschaft zu radikal höheren Investitionen und höherem Wachstum zurückfindet.

ii) **Wie können Hindernisse für eine bessere Konvergenz der Geld- und Haushaltspolitik sowie der Einkommen beseitigt werden?**

In den beiden letzten Jahren hat sich eine Kombination aus Konvergenz der nominalen Wechselkurse, aber Divergenz in der Entwicklung der öffentlichen Haushalte, der Preise und Kosten herausgebildet. Diese Widersprüche können für einige Zeit durchgehalten werden, aber nur auf Kosten wachsender wirtschaftlicher Verzerrungen wie zunehmende Zahlungsbilanzungleichgewichte und steigende Realzinsen in Ländern mit hohen Budgetdefiziten oder Versuchen zur Kontrolle der Kapitalbewegungen. Sie müssen jedoch zu gegebener Zeit durch Wechselkursänderungen bereinigt werden, wie die jüngste Erfahrung bestätigt.

Der mangelnde Fortschritt in der Stabilitätspolitik veranlaßte die Kommission bereits in ihrer Mitteilung vom 1. Juli auf beschleunigte Programme zur wirtschaftlichen Anpassung in einigen Ländern zu drängen, wobei sie das Schwergewicht auf dringend notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen und Einkommen legte. Dieser allgemeinen Mitteilung folgten eine Mitteilung über die Grundsätze der Indexierung und zwei Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik in Belgien und Italien.

Über die wirtschaftliche Notwendigkeit, gemeinsame Bemühungen um eine monetäre Stabilisierung, mit Konvergenz in der Haushaltspolitik und den Einkommendrends, zu unterstützen, besteht weitgehend Einigkeit. Unter diesen Umständen muß mehr darauf geachtet werden, wie institutionelle oder sogar unternehmerische Faktoren die Reaktion der Wirtschaft auf Ereignisse beeinflussen, die zu einem Divergenz-Prozeß führen können. Hierbei handelt es sich insbesondere um a) die Art und Weise, wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer

in ihren Lohnverhandlungen auf einen Preisschock reagieren; b) die Reaktionen der Währungsbehörden auf eine höhere Kreditnachfrage; c) die Reaktionen der Haushaltspolitik auf von den ursprünglichen Plänen abzuweichende Entwicklungen.

Die Lohnfindungssysteme variieren in der Gemeinschaft zwischen Regelungen, bei denen der Lohnabschluß für mindestens ein Jahr nominal festgesetzt wird, und anderen, nach denen ein Indexierungsmechanismus Preiserhöhungen binnen zwei Monaten automatisch in Lohnerhöhungen umsetzt.

Zur Frage der Indexierung heißt es in dem vom Rat im vergangenen Jahr verabschiedeten Jahresbericht, es bestehe ein hoher Grad von Übereinstimmung zwischen den Regierungen darüber, daß ein Durchschlagen der Ölpreiserhöhungen auf die Einkommen vermieden werden müsse. Einige Länder, in denen eine Indexierung üblich ist, haben Schritte unternommen, um eine automatische Weitergabe der Erhöhungen des Ölpreises und der indirekten Steuern in Grenzen zu halten (Niederlande und Dänemark). In anderen Ländern dagegen hat sich an den bisherigen Praktiken nichts geändert (siehe Empfehlungen der Kommission an Belgien und Italien). Der Rat nimmt zur Kenntnis, daß die Kommission im Anschluß an die vom Europäischen Rat im März geäußerten Besorgnisse eine allgemeine Mitteilung veröffentlicht hat, deren vier wichtigste Schlußfolgerungen wie folgt lauten :

- i) In den Ländern, wo das Prinzip der Lohnindexierung gilt, sollte der Effekt von außerhalb der Kontrolle der Unternehmen liegenden Faktoren (Austauschrelationen, indirekte Steuern usw.) aus der Indexregelung ausgeklammert werden.
- ii) Lohnanpassungen sollten nur mit Verzögerung und nicht öfter als zweimal pro Jahr erfolgen.
- iii) In den Ländern, wo die Inflationsrate erheblich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt, sollte angestrebt werden, die Indexierung auf einen vereinbarten Satz, beispielsweise die durchschnittliche Inflationsrate der Gemeinschaft, zu begrenzen.
- iv) Eine einfache, vorübergehende Methode der Anpassung an einen Inflationsschock könnte darin bestehen, auf eine Reihe von Indexierungsanpassungen völlig zu verzichten.

In der Geld- und Kreditpolitik erstreckt sich das Spektrum von wirtschaftspolitischen Reaktionen von Fällen, in denen die Währungsbehörden die Wirtschaft auf nominale Ziele verpflichten und diese entsprechend diesen Zielen handeln soll, bis zu Fällen, in denen — der bisherigen Erfahrung

nach — eher zu erwarten wäre, daß die Währungsbehörden notleidende Unternehmen unterstützen oder dem Staat Finanzmittel zur Verfügung stellen, wenn die Marktbedingungen schwierig werden. Probleme aus einer divergenten Geldpolitik haben bisher einen vergleichsweise begrenzten Umfang gehabt, in dem Maße wie Mitglieder des EWS, die vorher an der „Schlange“ teilgenommen haben, die erforderliche monetäre Disziplin gewahrt haben. Daher entstehen Probleme zwischen diesen Ländern eher aus der Kombination von effektiver monetärer Kontrolle und ineffektiven Bemühungen zur Lohndämpfung und Haushaltskontrolle. Es gibt aber auch Beispiele in der Gemeinschaft, bei denen die operationelle Verantwortung der Währungsbehörden geklärt werden muß, z.B. in Griechenland. In Italien werden gegenwärtig gewisse Reformen eingeführt. Darüber hinaus ist es künftig erforderlich, eine Aufweichung von bisher geübter monetärer Disziplin zu verhindern (Frankreich).

Im Bereich der Haushaltspolitik sind die Faktoren, die zur Divergenz führen, am vielschichtigsten. In diesem Fall sind die Variablen a) die Schnelligkeit, mit der die wichtigsten Statistiken verfügbar werden, b) die administrative Kapazität des Haushaltsystems, Überschreitungen zu kontrollieren, c) die Gesetzgebungsverfahren zur Kontrolle und Anpassung und d) die Bereitschaft der Regierung, ihre Haushaltsziele deutlich bekanntzugeben und glaubhaft zu machen. In der Praxis des vergangenen Jahres bestand ein wesentliches Problem darin zu beurteilen, wann den sogenannten „automatischen Stabilisatoren“ mit Ausgabenkürzungen oder Änderungen der Rechtsvorschriften entgegengewirkt werden mußte. Die normativen Eigenschaften dieses Begriffs müssen im Falle der Länder korrigiert werden, deren Ausgangsposition ein schweres finanzielles Ungleichgewicht ist, beispielsweise für Länder mit einem sehr hohen öffentlichen Defizit (Belgien, Dänemark, Italien, Irland).

Man sollte eher davon ausgehen, daß die Stabilität in Volkswirtschaften mit hohen öffentlichen Defiziten ernstlich gestört werden könnte, vor allem dann, wenn hohe Defizite mit hohen Inflationsraten oder hohen Realzinsen einhergehen. Angesichts der mit den „automatischen Destabilisatoren“ verbundenen Gefahren, vor allem angesichts der Schnelligkeit und Leichtigkeit, mit der Haushaltsdefizite neuerdings außer Kontrolle geraten sind und gewaltige Ausmaße angenommen haben, ist es von vorrangiger Bedeutung, daß einige Länder ihre Systeme der Haushaltskontrolle reformieren. Die vier genannten Länder, deren öffentliche Defizite inzwischen nahe bei 10 % des BIP oder darüber liegen, haben sich vom Durchschnitt der Gemeinschaft weit entfernt.

iii) Die Herausforderung, Investitionen und Beschäftigung zu mehren

Der Anstieg der Arbeitslosenquote auf 8 % bildet gegenwärtig das brennendste wirtschaftliche Problem der Gemeinschaft. Die Schwäche der Investitionen, die, ausgedrückt in Prozent des BIP, in den Jahren seit dem ersten Ölschock im Vergleich zu den vorausgehenden fünf Jahren um etwa 2 % zurückgegangen sind, und die Beschleunigung der Zunahme der Erwerbsspersonen auf fast 1 % pro Jahr beleuchten die Bedeutung der Aufgabe, neue Arbeitsplätze für einen großen Teil der heute Arbeitslosen zu schaffen. Diese Probleme stellen auch den Kern des vorgeschlagenen Fünften Programms zur mittelfristigen Wirtschaftspolitik für 1981-1985 dar, das die Kommission im Juli dem Rat zugeleitet hat ⁽¹⁾.

Ein zufriedenstellender Abbau der Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft ist nicht möglich ohne umfangreiche Erneuerung und Ausweitung des Bestands an produktivem Kapital. Während relativ hohe Zinssätze mittelfristig gesehen zu einem gewissen zweckmäßigen Ersatz von Kapital durch Arbeit veranlassen könnten, erfordert die Strategie, die von der Gemeinschaft befolgt werden sollte, nach wie vor Investitionen in neuen Ausrüstungen. Die einzige industrielle Strategie, die mit schwachen Investitionsleistungen vereinbar ist, besteht in einer Senkung der Produktivität, der technologischen Qualität und der Einkommen im Vergleich zu den internationalen Konkurrenten, doch ist dies selbstverständlich keine Strategie, mit der man sich in der Gemeinschaft einander anzunähern gewillt ist.

Eine Förderung der Beschäftigung und der Investitionstätigkeit verlangt den Einsatz verschiedener wirtschaftspolitischer Instrumente, und der Erfolg hängt von mehreren indirekten Voraussetzungen ab. Auf jeden Fall wird die Umkehr der Investitionstrends der jüngsten Vergangenheit eine äußerst schwierige Aufgabe sein.

Ein erster grundlegender Faktor, nämlich die Arbeitskosten im Vergleich zu denen der Konkurrenten, hat sich im vergangenen Jahr infolge der Abwertung der ECU gegenüber Dollar und Yen wesentlich verändert. So dürften die Lohnstückkosten im Gemeinschaftsdurchschnitt (im Vergleich zu ihren Wettbewerbern und ausgedrückt in Dollar) 1981 um 14,5 % sinken, gegenüber Anstiegen von 14 % für die USA und 10,5 % für Japan (vgl. Tabelle 14). Die Gemeinschaft muß jetzt die Gelegenheit zu einer raschen Anpassung der Zahlungsbilanz ergreifen. Zu diesem Zweck muß die größere Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten der Gemeinschaft in eine rasche Absatzsteigerung umgesetzt werden, um verlorene Marktanteile sowohl inner-

halb der Gemeinschaft als auch auf Drittlandmärkten zurückzugewinnen. Absatzsteigerungen müssen jetzt die Gewinne verbessern und dann zu einer neuen Investitionswelle führen, um die Kapazitäten und die Beschäftigung zu erhöhen. Mehrere Jahre sind notwendig, bis sich dieser Kreis schließt.

Einen zweiten grundlegenden Faktor bilden Kosten und Verfügbarkeit von Kapital. Eine durchschnittliche Senkung der Zinsen ist von entscheidender Bedeutung für die Investitionsförderung, läßt sich jedoch nicht ohne weiteres erreichen und auch nicht anordnen. Sehr hohe Realzinssätze von beispielsweise 5 bis 9 % in einigen Ländern (vor allem in Belgien, Dänemark, Deutschland und den Niederlanden) verglichen mit dem langfristigen Durchschnitt von etwa 2,5 %, müssen wesentlich gesenkt werden, damit eine kräftige Investitionstätigkeit einsetzen kann. Abhilfe gegen derart hohe Realzinssätze sollte in erster Linie durch Anpassung an die normaleren internationalen Geld- und Kreditverhältnisse geschaffen werden, wird jedoch im Falle einiger Länder der Gemeinschaft striktere Maßnahmen zum Abbau der Haushaltsdefizite erfordern.

Anomal niedrige oder gar negative reale Zinssätze können jedoch kein gesundes Rezept für Investitionen und Wachstum sein. Das Sparen muß verstärkt werden, und es müssen mehr Mittel als privates Risikokapital aufgebracht werden — gegenüber Staatspapieren, die gegenwärtig viele Kapitalmärkte beherrschen.

Die Regierungen sollten erwägen, ob nicht die Regeln für die Unternehmensbesteuerung, für die Kapitalmärkte und für Beihilfen, die Investitionen und Sparen beeinflussen, angepaßt werden können. Das inflationistische Klima erschwert die richtige Kalkulation der Kapitalkosten und beeinträchtigt die Wirksamkeit von Anreizen und Steuerregelungen. Sind beispielsweise die Rentabilität gering oder sogar negativ und die Aussichten schlecht, dann schwächt dies entsprechend die Investitionsanreize, insbesondere bei den Abschreibungen. Mit zunehmender Inflation hat sich die Anreizwirkung der Abschreibungsmöglichkeiten vermindert. Außerdem ist wegen der Inflation und der geringen Rentabilität weniger Risikokapital verfügbar, das zur Steigerung der Erwerbstätigkeit erforderlich wäre. Die Politik bezüglich der Investitionshilfen ist ein zu vielschichtiges Problem und weist zu große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern auf, als daß hier einfache Verallgemeinerungen gestattet wären. Zwei Vorschläge jedoch dürften in allen Fällen zutreffen. Da erstens gegenwärtig vor allem eine starke Ankurbelung der Investitionstätigkeit notwendig ist, sollte das Niveau der finanziellen Anreize zur Kapitalbildung und Innovation real beibehalten, wenn nicht erhöht werden. Zweitens hat die Erfahrung allerdings gezeigt, daß viel-

⁽¹⁾ Der vollständige Text und damit zusammenhängende Untersuchungen sind veröffentlicht in „Europäische Wirtschaft“, Nr. 9, Juli 1981.

fältige Beihilfensysteme zur Erreichung verschiedener Ziele widersprüchlich und unrentabel werden können. Für die betroffenen Behörden bleibt es eine vielversprechende Aufgabe, durch größere wirtschaftliche Effizienz der Investitionsbeihilfen Einsparungen zu erzielen.

Die Arbeitslosigkeit muß im wesentlichen durch Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen Wachstumsindustrien und Dienstleistungsbereichen abgebaut werden. In vielen der neuesten und vielversprechenden Industriezweige — beispielsweise in der Mikroelektronik — ist die Weltposition der Gemeinschaft nicht so stark, wie sie sein sollte. Um ihre neue industrielle Basis aufzubauen, müssen Unternehmen, Regierungen und Gemeinschaft auf der Basis einer umfassenden Strategie zusammenarbeiten, die sich auf Forschung und Entwicklung, Unternehmensorganisation, Handel und öffentliche Aufträge erstreckt. Hier sind bereits Erfolge erzielt worden, und so hat beispielsweise der Airbus in seiner Sparte der Flugzeugindustrie wesentliche Anteile am Weltmarkt zurückgewonnen. Höchste Priorität muß in der Gemeinschaft der Aufgabe eingeräumt werden, die europäische Industrie besser in die Lage zu versetzen, in den wichtigsten fortgeschrittenen Technologien der nächsten Jahrzehnte zu einer Weltmacht zu werden.

In der Industriepolitik muß die Gemeinschaft das übernehmen, was die einzelnen Mitgliedstaaten allein, verglichen mit den Vereinigten Staaten und Japan, nicht erreichen können. Die Ausnutzung der kontinentalen Dimension Europas sollte nicht unbedingt auf öffentlichen Interventionen auf Gemeinschaftsebene beruhen, doch sollte die Gemeinschaft auf alle ihre einschlägigen politischen Zuständigkeiten zurückgreifen, um diesen Prozeß zu erleichtern. Zunächst müssen die Binnenmärkte weiter geöffnet werden. Zweitens muß der Einsatz staatlicher Beihilfen kontrolliert werden, um eine Segmentierung der Märkte und nationale Diskriminierungen zu vermeiden. Drittens sollte die Gemeinschaft, wenn notwendig, tätig werden, um die Schaffung fortschrittlicher europäischer Industriekapazitäten zu fördern. Viertens sollte die Gemeinschaft mit ihren eigenen Finanzierungsmöglichkeiten weiterhin die Investitionen und die Strukturanpassung in den anerkannten Fördergebieten unterstützen. Dies gilt sowohl für die Darlehen als auch für die zu Strukturzwecken dienenden Mittel des Gemeinschaftshaushalts, deren politische Grundlagen gegenwärtig überprüft werden. Die Gemeinschaft sollte weiter die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen fördern, und zwar teilweise dadurch, daß diesen mit Hilfe von Globaldarlehen an zwischengeschaltete Finanzinstitute der Zugang zu Finanzierungsmitteln der Gemeinschaft erleichtert wird.

Gegenwärtig werden in den Mitgliedstaaten zahlreiche Einzelmaßnahmen getroffen, um in mittelständischen Unternehmen Arbeitsplätze zu schaffen. Diese begrüßenswerte Entwicklung sollte darauf Rücksicht nehmen, wie unterschiedliche Unternehmenstypen einschließlich Genossenschaften diesem Ziel dienen. Zu denken ist dabei an die

Nutzung des örtlich ansässigen wirtschaftlichen Potentials, das oft in der Lage ist, die Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft an die Marktchancen zu verbessern.

Die Notwendigkeit einer energischeren Energiepolitik der Gemeinschaft ist ein Kernstück der Strategie zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung. Eine umfassende Darstellung ist kürzlich in einer Mitteilung der Kommission unter der Überschrift „Entwicklung einer Energiestrategie für die Gemeinschaft“ (KOM(81) 540 vom 23. September 1981) gegeben worden. Der Rat nimmt zur Kenntnis, daß die Kommission folgende Hauptprioritäten für das Vorgehen der Gemeinschaft vorgeschlagen hat:

- i) Sicherung eines angemessenen Investitionsniveaus sowohl im Bereich der alternativen Energiequellen zum Öl als auch der rationelleren Energienutzung. Vorausschätzungen zufolge dürfte der Umfang der energiebezogenen Investitionen von heute 1,6 % des BIP auf durchschnittlich 2,2 % in diesem Jahrzehnt anwachsen, was 9 bis 10 % der Gesamtinvestitionen darstellen würde und Ausgaben von rund 500 Milliarden ECU entspräche. Die Kommission bezweifelt, ob diese Vorausschätzungen ohne neue Maßnahmen innerhalb der Gemeinschaft verwirklicht werden können. Aber selbst, wenn dies der Fall sein sollte, würde der Umfang der Energieinvestitionen immer noch nur etwa die Hälfte der entsprechenden Anstrengungen der Vereinigten Staaten und zwei Drittel der japanischen Energieinvestitionen erreichen (jeweils gemessen als Anteil der Energieinvestitionen am BIP);
- ii) Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts für Energiepreise und -besteuerung. Für die Energiebesteuerung hat die Kommission in einer Mitteilung über die „Besteuerung von Mineralölzeugnissen“ [KOM(81) 511 vom 9. September 1981] ausführlichere Vorschläge unterbreitet und bestimmte Grundsätze für ein koordiniertes Konzept mit der Festlegung von Zielzonen für die steuerliche Belastung der wichtigsten Mineralölzeugnisse sowie Grundsätze für die Aufhebung der Befreiungen, Subventionen oder ermäßigten Sätze für bestimmte Verbrauchergruppen empfohlen. Ein konstruktiver Einsatz der Energiebesteuerungsinstrumente könnte eines der wirksamsten politischen Mittel sein, um die Wirtschaft zu beschäftigungintensiven Investitionen zu veranlassen;
- iii) Einführung glaubwürdiger Maßnahmen für ein Teilkrisenmanagement in der Ölversorgung der Gemeinschaft;
- iv) Verstärkung der gemeinsamen Politiken in den Bereichen Forschung, Entwicklung und technologische Demonstrationsprojekte;

- v) Weiterentwicklung gemeinsamer Initiativen in den energiewirtschaftlichen Beziehungen zu Drittländern, insbesondere den Entwicklungsländern.

Es wird einige Zeit brauchen, bevor die fundamentalen wirtschaftlichen Gegenmittel gegen die Arbeitslosigkeit ihre volle Wirkung entfalten.

Immerhin ist in der Gemeinschaft mit der Anerkennung der Zweckmäßigkeit eines gemeinsamen und konstruktiven Konzepts ein Anfang gemacht worden, insbesondere auf der gemeinsamen Ratstagung der Finanz- und Sozialminister vom Juni dieses Jahres. Die Schlußfolgerungen des Vorsitzenden auf dieser Tagung stimmen mit der Ansicht der Kommission überein, daß eine umfassende wirtschaftspolitische Reaktion auf die doppelte Herausforderung der Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit erforderlich ist. So herrscht beispielsweise Übereinstimmung darüber, daß die Beschäftigung in technologischen Spitzenbereichen, in der Energiewirtschaft und im Mittelstand ausgedehnt werden muß. Die finanzielle Belastung der Arbeitgeber durch besondere Finanzierungsmethoden der sozialen Sicherheit sollte überprüft werden. Der Einfluß öffentlicher Ausgaben auf Beschäftigung und Wachstum sollte untersucht werden, um ihn transparenter und kohärenter zu machen. Einig ist man sich ferner über die Notwendigkeit direkter Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

Was das besonders brennende Problem der Jugendarbeitslosigkeit angeht, so ist die Kommission noch einen Schritt weiter gegangen und hat in ihrem

Vorwort zum fünften Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik ein gemeinsames Ziel vorgeschlagen, nämlich innerhalb der nächsten fünf Jahre Mechanismen und Instrumente einzuführen, mit deren Hilfe allen Jugendlichen nach Abschluß der Pflichtschulzeit entweder eine bezahlte Beschäftigung oder der Zugang zu einer Berufsausbildung oder beides ermöglicht wird. Der Rat nimmt zur Kenntnis, daß die Kommission insbesondere vorgeschlagen hat,

- i) die nationalen Erfahrungen in diesem Bereich miteinander zu konfrontieren;
- ii) in der Gemeinschaft bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nationale Programme vorzulegen;
- iii) einen Teil der finanziellen Mittel für solche Programme über den Europäischen Sozialfonds bereitzustellen;
- iv) in regelmäßigen Zeitabständen die erzielten Ergebnisse zu überprüfen.

Auch die Neugestaltung der Arbeitszeit kann zur Linderung der Arbeitslosigkeitsprobleme beitragen und gleichzeitig den sozialen Forderungen nach flexibleren Arbeitszeitregelungen wie Teilzeitarbeit, vorgezogenes Rentenalter usw. entgegenkommen. Allerdings ist sorgfältig darauf zu achten, daß Änderungen der Arbeitsbedingungen, die zu erheblich höheren Arbeitskosten je Stunde der Kapitalkosten führen könnten, sowie zwischen den Mitgliedstaaten stark abweichende Entwicklungen vermieden werden, namentlich wenn dies die Wettbewerbsbedingungen beeinträchtigen könnte.

4. WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN

In *Belgien* hat sich die Wirtschaftslage 1981 verschlechtert; der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit und der Beschäftigung ging mit einem beschleunigten Anstieg der Verbraucherpreise und einer Verschlechterung der Leistungsbilanz einher.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hielt diese Situation für besorgniserregend und hat am 22. Juli 1981 eine Empfehlung an die belgische Regierung gerichtet, in der geld-, haushalts- und einkommenspolitische Sanierungsmaßnahmen nahegelegt werden.

Die belgischen Behörden legten Anfang August 1981 Eckwerte für die Aufstellung des Staatshaushalts 1982 fest, die eine Begrenzung des Defizits der laufenden Transaktionen auf rund 200 Milliarden bfrs im Jahr 1982 vorsehen, wie die Kommission gefordert hatte. Danach müßte es möglich sein, den Nettofinanzierungssaldo des gesamten Sektors Staat im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt von 15,5 % im Jahr 1981 auf 13,5 % im Jahr 1982 zu verringern.

Die jüngsten Angaben über den Haushaltsvollzug 1981 deuten darauf hin, daß der Finanzierungsbedarf erheblich höher sein wird, als die Mitte des Jahres angestellten vorläufigen Schätzungen erkennen ließen. Die von den belgischen Behörden fest-

gelegten Leitlinien lassen außerdem eine stärkere Erhöhung der Steuern und weniger Zurückhaltung bei den Ausgaben erkennen, als von der Kommission empfohlen worden war.

Wenn die obengenannten Begrenzungen und Prioritäten eingehalten werden sollen, so muß der Haushaltsvollzug 1982 unter diesen Umständen auf eine strenge Begrenzung der Ausgaben ausgerichtet sein und so elastisch gehandhabt werden, daß innerhalb des Haushaltsrahmens ein Ausgleich vorgenommen werden kann.

Wegen der politischen Ereignisse konnten die Haushaltsleitlinien noch nicht verwirklicht werden und konnte der Dialog, der mit den Sozialpartnern über die von der Kommission empfohlene Mäßigung der Einkommen und etwaige Lockerung der Indexbindung für bestimmte Einkünfte eingeleitet worden war, noch nicht fortgesetzt werden.

Es liegt im Interesse einer dauerhaften Verbesserung der Beschäftigungslage, daß die Haushaltsent-

scheidungen möglichst bald getroffen werden und daß eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem konkreten Ergebnis führen kann.

Die Stärkung der Wettbewerbsstellung Belgiens als Hauptfaktor eines erneuten Wachstums hängt hauptsächlich von einer relativen Senkung der Kosten im Vergleich zu den wichtigsten Konkur-

renten sowie von einer Umstrukturierung des Produktionspotentials ab, die eine starke Erhöhung der Investitionen erfordert. Auch nach der am 4. Oktober 1981 beschlossenen Neufestsetzung der Leitkurse im Rahmen des Europäischen Währungssystems kommt man nicht an der Tatsache vorbei, daß die Hauptlast der Anpassung im Innern der belgischen Wirtschaft bewältigt werden muß.

TABELLE 4

Belgien: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselb- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates ⁽³⁾	Sparquote der privaten Haushalte	Geldmenge (M ₂ /M ₃) Zuwachs ⁽⁴⁾
	% (2)	% (2)	%	% (2)	% (2)	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	4,8	4,0	2,2	3,2	7,6	+0,2	- 1,5	13,0	8,2
1970-1979	3,4	3,1	4,9	6,5	12,3	+0,4	- 4,3	16,8	10,9
1979	2,3	1,4	8,6	3,9	6,0	- 2,9	- 6,8	14,8	6,0
1980	2,4	2,6	9,3	6,4	8,8	- 5,2	- 9,1	15,6	2,7
1981 ⁽¹⁾	-1,0	1,4	11,6	7,5	8,8	- 7,2	- 12,4	16,1	6,1

(1) Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

(2) Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

(3) Nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

(4) Jahresende, bis 1978 Geldmenge und Geldanlagen mit einer Laufzeit von weniger als 1 Jahr, Kreditinstitute seit 1979 „harmonisierte“ Geldmenge M₂ (M₂H).

Dänemark ist es 1980 und 1981 gelungen, das Leistungsbilanzdefizit trotz einer ausgeprägten Verschlechterung der Terms of trade und der zunehmenden Belastungen durch die Auslandsverschuldung spürbar zu verringern. Diese Verbesserung spiegelt eine Stärkung der Wettbewerbsstellung wider, vollzog sich jedoch bei gleichzeitiger Abschwächung der Inlandsnachfrage, insbesondere des privaten Verbrauchs und des Wohnungsbaus. Die Wirtschaftstätigkeit hat sich folglich verlangsamt, was zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 8,2 % der Erwerbsbevölkerung im Jahr 1981 geführt hat.

Die Aussichten für 1982 lassen eine deutliche Belebung der Wirtschaftstätigkeit erkennen (das BIP könnte im Jahresvergleich um 3 % wachsen) und bestätigen die Notwendigkeit, an einer strengen Finanzpolitik festzuhalten, wie sie in dem Ende 1979 verabschiedeten Mehrjahresprogramm vorgesehen ist. Die Zunahme der mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbundenen Ausgaben wie auch der Zinszahlungen für die Staatsschuld und die wegen der schwachen Wirtschaftstätigkeit nur langsam fließenden Steuereinnahmen stellen allerdings die Haushaltspolitik vor ein besorgniserregendes Problem. Der Nettofinanzierungsbedarf des Zentralstaats, der sich von 17,9 Milliarden dkr im Jahr 1980 auf 31,9 Milliarden dkr im Jahr 1981 oder von 4,8 auf 7,9 % des Bruttoinlandsprodukts erhöhte, dürfte 1982 nach dem Haushaltsentwurf 39,9 Milliarden dkr oder 8,8 % des BIP erreichen.

Die Finanzierung eines solchen Defizits könnte in Zukunft schwieriger werden, und die Schuldenlasten werden zu einer immer ernsteren Haushaltssituation führen. Ein weiteres Anschwellen des Haushaltsdefizits könnte die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts gefährden. Die Regierung sollte streng darauf achten, daß die Ziele des Mehrjahresprogramms für die Ausgaben nicht überschritten und beim Haushaltsvollzug 1982 alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, damit das Defizit nicht noch größer wird, auch wenn die Konjunktur sich weniger günstig gestalten sollte.

Die Finanzierung der erhöhten Defizite des öffentlichen Sektors und die Notwendigkeit, Auslandskapital zur Deckung des Leistungsbilanzdefizits ins Land zu holen, schränken den geldpolitischen Bewegungsspielraum stark ein. In der Geldpolitik müßte der gegenwärtige Kurs weiter verfolgt, d.h. die Entwicklung der Inlandsliquidität streng kontrolliert und das Zinsniveau relativ hoch gehalten werden.

Dank der seit 1979 eingeführten Änderungen des Indexsystems und maßvoller Forderungen der Sozialpartner konnte der Anstieg der Nominal-einkommen etwas verlangsamt werden. Diese Entwicklung muß sich in Zukunft fortsetzen, da sich die zuständigen Stellen andernfalls gezwungen sehen könnten, in Interesse der binnen- und außenwirtschaftlichen Stabilität eine restriktivere Politik zu verfolgen.

TABELLE 5

Dänemark: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselb- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates ⁽³⁾	Sparquote der privaten Haushalte ⁽⁴⁾	Geldmenge (M ₂ /M ₃) Zuwachs ⁽⁵⁾
	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	%	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	5,1	3,8	1,2	5,3	10,2	-2,0	(1,4)	:	10,1
1970-1979	2,8	2,2	3,3	9,4	11,6	-2,8	(+0,9)	21,3	11,0
1979	3,0	2,4	5,3	9,6	9,1	-4,5	-3,3	21,8	9,9
1980	-0,2	-0,0	6,2	11,9	9,0	-3,8	-6,1	22,8	10,9
1981 ⁽¹⁾	0,0	1,1	8,2	11,2	9,9	-3,3	-9,8	24,6	9,3

(1) Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

(2) Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

(3) Nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

(4) Privatsektor.

(5) Jahresende.

Die Grundlagen für eine Wiederherstellung des äußeren und inneren Gleichgewichts und für ein Wirtschaftswachstum, das nach einiger Zeit eine Umkehr des rückläufigen Beschäftigungstrends ermöglicht, sind in der *Bundesrepublik Deutschland* relativ günstig. Gegenüber der deutlichen Verschlechterung im außenwirtschaftlichen Bereich und in den öffentlichen Haushalten in der Vergangenheit — die Defizite des Gesamtstaats und des Bundes gingen weit über die Planungen hinaus — sind nunmehr erhebliche Verbesserungen abzusehen. Dadurch dürfte sich auch von nun an der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum erweitern, denn die Leistungsbilanz dürfte sich beträchtlich verbessern und den hauptsächlichsten Beitrag zu einem realen Wirtschaftswachstum von 1 bis 2 % im Jahr 1982, das sich im Jahresverlauf voraussichtlich verstärken wird, leisten. Diese Entwicklung dürfte die bisher unternommenen Anstrengungen zur Verbesserung der mittelfristigen Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen unterstützen.

Außenwirtschaftlich hat sich die Preiswettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie aufgrund der beträchtlichen Abwertung der Deutschen Mark bis Mitte 1981 verstärkt, und für 1982 wird ein kräftiges Wachstum der Ausfuhr erwartet, das wesentlich zur Überwindung der gegenwärtigen Rezession beitragen dürfte. Die seit kurzem eingetretene Festigung der Deutschen Mark, angezeigt durch die Anpassung der Wechselkurse im EWS und Festigkeit gegenüber dem US-Dollar, wird dazu beitragen, die Kosten für Öl und andere Einfuhren zu senken und den Inflationsdruck zu mildern. Es ist zu erwarten, daß die Inflationsrate 1982 auf rund 5 % zurückgeht und sich 1982 das Defizit der Leistungsbilanz sehr deutlich vermindert.

Um das Vertrauen zu heben und den heimischen Kapitalmarkt zu entlasten, hat die Regierung Maßnahmen zur Senkung der öffentlichen Defizite beschlossen.

Durch diese Maßnahmen soll der Nettofinanzierungssaldo des Bundes 1982 auf -26,5 Milliarden DM zurückgeführt werden gegenüber einem voraussichtlichen Ergebnis von rund -37 Milliarden DM in diesem Jahr. Diese Verbesserung im Bundeshaushalt wird hauptsächlich durch Ausgabenkürzungen und Einschränkungen von Steuervergünstigungen und Überweisungen von Bundesbankgewinnen zugunsten des Bundeshaushalts erreicht. Außerdem wurden kleinere Steuererhöhungen beschlossen. Eine solche Haushaltspolitik würde eine zu schnelle Anpassung vermeiden und mit dem durch die kürzliche Höherbewertung der Deutschen Mark neu gewonnenen Handlungsspielraum der Geldpolitik vereinbar sein. Unter derzeitigen Bedingungen kann eine Verringerung des Defizits des Gesamtstaats von gut 4 % des BIP im Jahr 1981 auf 3,5 % des BIP im Jahr 1982 angenommen werden.

Die Bundesbank sollte in dem Maße die obere Hälfte des angekündigten Korridors für die Geldmengenexpansion (4 bis 7 %) ansteuern, in der die Verbesserung der Leistungsbilanz anhält, die Inflationsrate zurückgeht und eine solche Politik von der Finanz- und Lohnpolitik unterstützt wird. Damit sollte auch der größere Spielraum für weitere Zinssenkungen voll ausgenutzt werden. Dadurch würden die Kapitalmärkte in Europa günstig beeinflusst, und das Investitionsklima würde insgesamt verbessert. Die Aussichten auf niedrigere Zinsen würden sich erheblich verbessern, wenn die letzten Regierungsbeschlüsse über Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor als

allgemeine Leitlinie für die nächsten Lohnverhandlungen in der Privatwirtschaft dienen würden.

Die fundamentalen Veränderungen, die durch die zweite Ölkrise verursacht wurden, sprechen dafür, daß der künftige Wachstumsverlauf im Vergleich zur Vergangenheit mäßiger ausfallen wird und die Arbeitslosigkeit hoch bleiben wird, teilweise allerdings auch wegen anhaltend ungünstiger demographischer Faktoren.

Zwar teilt die Bundesrepublik Deutschland diese Probleme mit anderen Ländern der Gemeinschaft, jedoch erscheinen die längerfristigen Aussichten hinsichtlich Wirtschaftswachstum und Inflation immer noch besser als andernorts, und dadurch könnte sich in verschiedenen Bereichen die Divergenz zwischen den Gemeinschaftsländern erweitern. Überwiegend dürften jedoch verbesserte Wachstumsaussichten in der Bundesrepublik Deutschland für Europa vorteilhaft sein. Damit wird die Bedeutung unterstrichen, die den weiteren Bemühungen um die Lösung der längerfristigen Probleme der deutschen Wirtschaft zukommt. In diesem Zusammenhang ist die Energierechnung wahrscheinlich noch auf längere Zeit ein erheblich hemmender Faktor. Die weitere Diversifikation der Energiequellen zur Verminderung der Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen, insbesondere von Öl, ist daher von größter Wichtigkeit. Die zuständigen Stellen sollten klare und stabile energiepolitische Grundlagen für die Privatwirtschaft schaffen und ihre Bemühungen verstärken, Unsicherheiten im Hinblick auf zukünftige Energieinvestitionen zu beseitigen. Energiesparen muß weiter gefördert werden, allerdings mit Schwerpunkt in solchen

Bereichen, in denen Anreize notwendig sind, um technische Entwicklungen über die Rentabilitätsschwelle zu führen und marktfähig zu machen.

Die notwendige Anpassung der Wirtschaftsstruktur erfordert neue Investitionen, um die Leistungsfähigkeit, Rentabilität und Flexibilität des Kapitalstocks zu sichern. Die Entwicklung des deutschen Kapitalstocks in den letzten Jahren läßt vermuten, daß das Potential für Wachstum und Beschäftigung in den nächsten Jahren unzureichend ist, und unterstreicht die Notwendigkeit einer schnellen quantitativen und qualitativen Anpassung. Der entscheidende Anstoß zur Durchführung der erheblichen Investitionen, die zur Erweiterung und Umstrukturierung des Kapitalstocks notwendig sind, sollte von verbesserten Angebotsbedingungen kommen. Die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik ist deshalb, die Rahmenbedingungen der Wirtschaft so zu gestalten, daß die investive Verwendung der Ressourcen gefördert wird. Dabei ist es auch wichtig, Hindernisse zu beseitigen, die in verschiedenen Bereichen die Durchführung neuer Projekte behindern. In bestimmten Fällen jedoch, in denen Investitionen mit hohen Risiken, aber auch beträchtlichen gesamtwirtschaftlichen Vorteilen verbunden sind, sind spezielle strukturpolitische Maßnahmen angezeigt, um in zukunftsorientierten Wachstumsbranchen die Investitionsbereitschaft zu fördern. Darüber hinaus ist es auch notwendig, die allgemeinen Investitionsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen, die eine sehr wichtige Rolle im Strukturwandel haben, jedoch bei der Durchführung neuer Entwicklungen oft benachteiligt sind, zu verbessern.

TABELLE 6

Bundesrepublik Deutschland: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselb- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates ⁽³⁾	Sparquote der privaten Haushalte	Geldmenge (M3) Zuwachs ⁽⁴⁾
	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	%	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	5,2	4,3	0,9	2,6	7,6	+0,8	+0,7	10,8	10,6
1970-1979	3,2	3,6	2,5	5,3	9,5	+0,9	-1,4	13,8	10,1
1979	4,4	2,9	3,4	4,2	5,5	-0,7	-3,0	13,1	6,0
1980	1,9	1,0	3,3	5,4	6,5	-2,0	-3,5	13,3	6,2
1981 ⁽¹⁾	-0,3	0,7	4,7	5,8	5,6	-1,5	-4,0	14,1	5,4

⁽¹⁾ Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

⁽²⁾ Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

⁽³⁾ Nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

⁽⁴⁾ Jahresende.

Anmerkung: Bis 1979 basieren die Angaben der Spalten 1 bis 4 auf dem ESGV.

Erstes Ziel der neuen Wirtschaftspolitik in *Frankreich* ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zweites Ziel ist die Verringerung der Einkommensungleichheiten. Um diese Ziele zu erreichen, wird ein Weg eingeschlagen, der eine bewußte Beschleunigung des Wachstums mit einer signifikanten Verlangsamung der Inflation in Einklang zu bringen sucht.

Diese Politik ist gegenwärtig darauf gerichtet, den sich abzeichnenden Aufschwung durch flankierende Maßnahmen abzustützen. Erste Maßnahmen wurden zu Beginn des Sommers 1981 getroffen, und zwar insbesondere eine substantielle Anhebung der niedrigsten Löhne und bestimmter Sozialleistungen, die Gewährung bestimmter Hilfe zugunsten der Unternehmen, damit sie ihren zunehmenden Belastungen in einer immer schwieriger werdenden Konjunkturlage besser gewachsen sind, und eine gewisse Lockerung der Kreditbegrenzungen. Infolgedessen wird sich das Gesamtdéfizit der öffentlichen Finanzen trotz der im Rahmen des Nachtragshaushalts vom Juli eingeführten höheren Steuern, die hauptsächlich den Beziehern hoher Einkommen abverlangt werden, 1981 noch erheblich mehr verschlechtern, als man früher angenommen hatte, nämlich um etwas über 2 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts. Folglich würde sich auch die Geldmenge im Laufe des Jahres um 13 % vergrößern.

Die für 1982 geplante Politik zielt auf die Beibehaltung eines konjunkturbelebenden Kurses — allerdings mit einer Verlagerung vom Verbrauch zu den Investitionen — bei gleichzeitigen außergewöhnlichen Anstrengungen zur Bekämpfung der Inflation, deren Notwendigkeit durch die Neuordnung der Wechselkurse vom 4. Oktober 1981 noch zwingender geworden ist. Zum einen sieht nämlich der Staatshaushalt für 1982 zur direkten oder indirekten Förderung der Beschäftigung massive Ausgabenerhöhungen und trotz der Zurückstellung bestimmter Ausgaben ein gegenüber 1981 erneut anwachsendes potentielles Defizit vor, da die Steuerlast trotz der stärkeren Besteuerung von Vermögen und höheren Einkommen insgesamt unverändert bleiben wird. Zum anderen hat man die Sozialabgaben erhöht, um einen Teilausgleich für die wahrscheinlich stark ansteigenden Sozialversicherungsausgaben zu schaffen, und die Kreditversorgung der Unternehmen in Grenzen gehalten, die mit dem Ziel einer nennenswerten Verringerung der volkswirtschaftlichen Liquiditätsquote vereinbar sind.

Außerdem wurde das Prinzip formuliert, daß der durchschnittliche Anstieg der Löhne und Gehälter 1982 nicht höher sein sollte als der Preisanstieg; außerdem wurde für einige Bereiche ein vorübergehender Preisstopp beschlossen, um eine Verlangsamung des Preisanstiegs einzuleiten.

Man verspricht sich von dieser Politik eine spürbare Belebung der Inlandsnachfrage, die zusammen mit einer günstigen Entwicklung der Auslandsnach-

frage zu einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von etwa 0,5 % im Jahr 1981 und 3 % im Jahr 1982 führen dürfte. Gleichzeitig würde sich der Preisauftrieb im Jahresvergleich stark verlangsamen, wobei bis Ende 1982 eine Senkung der Inflationsrate auf 10 % angestrebt wird.

Die Ergebnisse dieser Maßnahmen sind allerdings noch mit bestimmten Unsicherheitsfaktoren behaftet. Zunächst einmal ist nicht sicher, ob die erhoffte Verbesserung der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen und die Haushaltsmaßnahmen zugunsten der Unternehmensinvestitionen trotz ihres Umfangs ausreichen werden, um das Verhalten der Unternehmer positiv zu beeinflussen, das möglicherweise auch weiterhin durch die Auswirkungen einer sehr schlechten finanziellen Ausgangslage belastet wird. Es ist auch keineswegs sicher, ob das Inlandsangebot, das durch die geringe Ausdehnung der Produktionskapazitäten in den letzten Jahren potentiell begrenzt ist, in der Lage sein wird, den Anforderungen der Nachfrage im gewünschten Maße gerecht zu werden. Somit ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß sich das außenwirtschaftliche Defizit erneut vergrößern wird und die inflationären Spannungen stärker bleiben als erwartet. Noch ernster wäre diese Gefahr, wenn sich der Verbrauch infolge der Inflationserwartungen über Gebühr beleben würde.

Der Erfolg der jetzt eingeleiteten Politik wird somit davon abhängen, wie rasch es der Anti-Inflationsstrategie gelingen wird, die finanzielle Situation der Unternehmen zu bessern, um eine Belebung der Investitionen herbeizuführen, und gleichzeitig die Verbrauchsausgaben zu dämpfen. Die Voraussetzung dafür ist, daß die Neuorientierung bei der Einkommensbildung — vor allem bei den Löhnen — von den Sozialpartnern auch tatsächlich praktiziert wird, und zwar im Hinblick auf die allmähliche Desindexierung der französischen Wirtschaft.

In bezug auf die Preisgestaltung sollten die vorläufigen Ausnahmestimmungen bei der freien Preisbildung durch freiwillige Vereinbarungen zur Mäßigung abgelöst werden. Weiterhin müssen die Bemühungen zur Senkung der gesamtwirtschaftlichen Liquiditätsquote fortgesetzt werden, indem die Ausweitung der Geldmenge deutlich schwächer ausfällt als die Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dies verlangt im Rahmen der getroffenen Entscheidungen eine rigorose öffentliche Finanzpolitik, damit der Finanzierungsbedarf des gesamten Sektors Staat bei etwa 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts gehalten wird, um den Verdrängungseffekt, der sich auf Kosten der Unternehmen bemerkbar machen könnte, zu begrenzen, sowie angemessene Vorkehrungen, um einen höheren Anteil der privaten Ersparnis zu stabilisieren.

Über die für 1982 angestrebte Konjunkturerholung hinaus wird die dauerhafte Rückkehr zu einem nachhaltigen Wachstum davon abhängen, ob die Wirtschaft in der Lage sein wird, sich besser auf die außenwirtschaftlichen Zwänge einzustellen, indem der Aushöhlung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch die Inflation Einhalt geboten und der not-

wendige Wandel des Produktionsapparats beschleunigt wird. Der Inflation kann nur dann Einhalt geboten werden, wenn eine behutsame Geldpolitik eingeleitet, gleichzeitig die Inflationsmentalität durchbrochen wird und bestimmte Differentialrenten erzeugende Strukturen reformiert werden. In der Politik zur Anpassung der Produktionsstrukturen sollten die Ziele nicht von Grund auf revidiert werden. So sollten die Energieeinsparungs- und Substitutionsbemühungen zur Verringerung der Abhängigkeit von Öleinfuhren fortgesetzt oder sogar intensiviert werden, jedoch ohne größere Kurskorrekturen. Auch die Industriepolitik sollte sich im wesentlichen entsprechend den wettbewerbspolitischen Normen der Gemeinschaft auf die Marktkräfte stützen. In diesem Rahmen sollten sich die allgemeinen Maßnahmen der Investitions- oder Forschungsförderung ebenso einfügen wie die spezifischen Maßnahmen zur Reorganisation wirtschaftsschwacher Sektoren oder zur Förderung technologischer Spitzenbereiche, als auch die neuen Erleichterungen für Klein- und Mittelbetriebe zur

Behebung ihrer Finanzierungsschwierigkeiten und der daraus resultierenden Behinderung ihrer Entwicklung.

Parallel dazu müssen umfangreiche Anstrengungen im Bereich der Berufsausbildung unternommen werden, um für eine bessere qualitative Anpassung an die voraussichtliche Entwicklung des Bedarfs zu sorgen und damit die Entwicklungschancen für wettbewerbsfähige Aktivitäten und die Aussichten für die Schaffung von mehr und höherqualifizierten Arbeitsplätzen zu verbessern.

Vom Erfolg all dieser Maßnahmen wird es im Grunde abhängen, ob die steigende Tendenz der Arbeitslosigkeit endgültig umgekehrt werden kann. Soweit gesetzliche Vorschriften zum direkten Abbau der Arbeitslosigkeit — im wesentlichen durch verschiedene Arten der Verteilung der vorhandenen Arbeit — erlassen werden, um das Phänomen sozial zu entschärfen, muß vermieden werden, daß ihre Durchführung direkt oder indirekt zu zusätzlichen Mehrkosten führt.

TABELLE 7

Frankreich: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselbst- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates ⁽³⁾	Sparquote der privaten Haushalte	Geldmenge (M ₂) Zuwachs ⁽⁴⁾
	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	%	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	5,7	5,1	0,8	4,2	9,6	+0,3	+0,4	14,8	12,9
1970-1979	4,0	3,2	3,3	8,6	13,5	-0,3	-0,2	17,9	15,4
1979	3,3	3,9	6,0	10,5	13,2	+0,1	-0,8	16,7	14,4
1980	1,3	1,3	6,3	13,2	14,7	-1,4	+0,4	14,8	9,7
1981 ⁽¹⁾	0,5	0,6	7,6	13,5	15,6	-1,4	-2,1	14,8	13,0

⁽¹⁾ Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

⁽²⁾ Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

⁽³⁾ Nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

⁽⁴⁾ Jahresende.

In Irland war die Wirtschaftspolitik jahrelang hauptsächlich auf die Industrialisierung der Wirtschaft und die Diversifizierung ihrer Struktur weg von der Landwirtschaft und anderen traditionellen Industriezweigen gerichtet. Zur Förderung dieses Prozesses haben die verschiedenen Regierungen sich vor allem bemüht, ausländische Direktinvestitionen nach Irland zu holen und Infrastrukturinvestitionen mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Die Früchte dieser Politik zeigten sich darin, daß die Zuwachsraten der irischen Ausfuhren weit höher waren als die Wachstumsraten des Welthandels. Der offene Charakter der irischen Wirtschaft macht sie allerdings äußerst anfällig gegenüber weltwirtschaftlichen Konjunkturschwüngen und weltweiten Inflationsschüben, wie sie im Gefolge des zweiten

Ölpreisschocks auftraten. Das ehrgeizige öffentliche Investitionsprogramm war von Anfang an mit relativ hohen Staatsdefiziten verbunden, doch hat die weltweite Rezession zusammen mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu einer erheblichen Ausdehnung dieser Defizite und ernststen Zahlungsbilanzungleichgewichten geführt. Die Lage wurde noch durch relativ geringe Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation verschärft, die die Wettbewerbsstellung der Volkswirtschaft gefährden. Die wirtschaftspolitischen Probleme, vor denen die zuständigen Stellen stehen, sind die Reduzierung des Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizits, die Drosselung der Inflation und die Beibehaltung der energischen staatlichen Investitionspolitik.

Im Interesse einer Verbesserung der Leistungsbilanz und einer Dämpfung des internen Inflationsdrucks ist es wesentlich, daß die Geldschöpfung die Nachfrage nicht übermäßig anheizt. In Anbetracht dessen haben die Währungsbehörden eine Begrenzung des Zuwachses der Kredite an die Privatwirtschaft durch lizenzierte Banken auf 15 % bis Mitte Februar 1982 bekanntgegeben. Bei einer erwarteten Wachstumsrate des nominalen BIP von über 19 % im Jahr 1981 scheint diese Zielgröße mit der Notwendigkeit einer gewissen Drosselung der Inlandsnachfrage übereinzustimmen. Ob dieses Ziel erreicht wird, wird allerdings hauptsächlich davon abhängen, wie sich das umfangreiche Haushaltsdefizit auf die Kreditschöpfung auswirkt und welche Haltung die Regierung gegenüber den steigenden Inlandszinsen einnimmt. Eine ähnliche Begrenzung des Kreditzuwachses, wie sie für 1981 galt, dürfte auch für 1982 angemessen sein, wo mit einem Wachstum des nominalen BIP um rund 21 % gerechnet wird.

Bis zum ersten Ölpreisschock entstand das Haushaltsdefizit vorwiegend bei den vermögenswirksamen Transaktionen des öffentlichen Sektors. Seit einigen Jahren jedoch hat sich bei den laufenden Haushaltstransaktionen ein erhebliches Ungleichgewicht ergeben. Teils war dies auf den Mechanismus der eingebauten Stabilisatoren, teils auf bewußte staatliche Maßnahmen und teils auf die Höhe der Tarifabschlüsse im öffentlichen Sektor zurückzuführen. Das Gesamtdefizit steht auch im Zusammenhang mit dem ernsthaften Zahlungsbilanzdefizit, das 1981 14,8 % des BIP erreichen könnte. Überdies besteht die Gefahr, daß durch die Anforderungen bei den laufenden Haushaltsausgaben

Mittel von den vermögenswirksamen Posten abgezogen werden. Außerdem wird durch die zunehmende Verschuldung in Verbindung mit diesen Defiziten der Spielraum des Staates zur Verringerung des Defizits bei den laufenden Posten eingeeengt und den künftigen Steuerzahlern eine schwere Last aufgebürdet. Eine Umkehr der Tendenz zu wachsenden Defiziten ist insbesondere bei den laufenden Transaktionen dringend geboten und erfordert ein entschlossenes Vorgehen der Regierung, das sowohl Ausgabenkürzungen als auch Steuererhöhungen umfassen sollte. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist der Nachtragshaushalt, den die neue Regierung nach nur einmonatiger Amtszeit im Juli vorgelegt hat, um eine weitere Verschlechterung der Lage im Jahr 1981 zu verhindern. Dieser wirtschaftspolitische Kurs sollte 1982 verschärft werden, um den Kreditbedarf der öffentlichen Hand auf 13 bis 14 % des BIP zu verringern. Das Haushaltsdefizit in der laufenden Rechnung könnte damit auf eine Höhe verringert werden, die mit der Regierungsabsicht zu seiner vollständigen Beseitigung innerhalb von vier Jahren übereinstimmen würde. Dieses Ziel zu erreichen und gleichzeitig zu einem Haushalt zu gelangen, der zu einer Verbesserung der Beschäftigungslage beiträgt, wird schwierig sein, falls im Laufe des Jahres 1982 eine größere Anpassung der Einkommensteuer durchgeführt wird. Bei der Ausarbeitung der Steuervorschläge für 1982 sollte deshalb die dringende Notwendigkeit einer Verbesserung des Haushaltsgleichgewichts hinreichende Beachtung finden.

Die Empfänglichkeit der Wirtschaft für die starken inflationären Einflüsse von außen, die Verschlech-

TABELLE 8

Irland: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselbst- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates ⁽³⁾	Sparquote der privaten Haushalte ⁽⁴⁾	Geldmenge (M ₃) Zuwachs ⁽⁵⁾
	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	%	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	4,5	4,2	4,5	3,9	9,3	- 1,9	- 2,5	10,2	9,6
1970-1979	3,8	3,7	7,1	12,8	18,1	- 4,2	- 6,3	19,5	18,3
1979	1,9	0,6	7,4	13,2	16,6	- 10,1	- 11,9	23,1	19,0
1980	0,9	- 0,1	8,3	18,2	20,5	- 8,3	- 13,1	19,7	16,9
1981 ⁽¹⁾	1,7	2,4	10,4	20,0	18,4	- 14,8	- 14,3	19,2	14,3

⁽¹⁾ Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

⁽²⁾ Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

⁽³⁾ Nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

⁽⁴⁾ Privatssektor.

⁽⁵⁾ Jahresende.

Anmerkung: Bis 1979 basieren die Angaben der Spalten 1, 2, 5 und 6 auf dem ESVG.

terung der Terms of Trade nach dem zweiten Ölpreisschock, ein nicht genügend maßvolles Verhalten der Sozialpartner bei den Tarifverhandlungen und die Defizitfinanzierung haben zu einer Inflationsrate geführt, die weit über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt. Man rechnet damit, daß sich der implizite Preisindex des privaten Verbrauchs 1981 um 20 % erhöht. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhalten werden soll, muß das Inflationstempo unbedingt rasch verlangsamt werden. Dies erfordert, daß der Anstieg der inländischen Kosten eingedämmt wird. Der Staat kann dazu erheblich beitragen, indem er auf die Höhe der Lohnabschlüsse in der bevorstehenden Tarifrunde durch seine Haltung im öffentlichen Sektor einwirkt, in dem rund ein Fünftel aller Arbeitnehmer beschäftigt ist.

In *Italien* ist die Wirtschaftspolitik von dem Willen bestimmt, die hohe Inflation in den Griff zu bekommen, die lange Jahre hindurch geherrscht hat und die nicht nur ein ständiger Störfaktor für Konjunktur und Wechselkurse war, sondern auch zu einer Fehlallokation von Ressourcen geführt hat.

Diese Ausrichtung wurde im Laufe des Jahres 1981 weiterverfolgt und durch die Empfehlung unterstützt, die die Kommission am 1. Juli 1981 anlässlich der Inanspruchnahme der Schutzklausel des Artikels 109 des Gemeinschaftsvertrags durch die italienische Regierung abgegeben hat. Sie fand ihren Niederschlag in einer restriktiveren Kreditpolitik, grundsätzlichen Beschlüssen zur tendenziellen Verringerung des öffentlichen Defizits — die allerdings noch nicht voll ausgeführt worden sind —, in einem Versuch zur abgestimmten Stabilisierung der Verbraucherpreise und in der Eröffnung von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern über Änderungen der gleitenden Lohnskala.

Die Neufestsetzung der Wechselkurse vom 4. Oktober 1981 ist ein zusätzlicher Grund, alle Aspekte dieses neuen wirtschaftspolitischen Kurses so rasch wie möglich zu verwirklichen. Das konjunkturelle Umfeld ist für diesen Kurs günstig. Es ist gekennzeichnet durch eine kräftige Entwicklung der Auslandsnachfrage, eine mäßige Belegung der Inlandsnachfrage und die wahrscheinliche Bestätigung eines langsameren Preisauftriebs. So dürfte das Bruttoinlandsprodukt 1982 — nach einem geringfügigen Rückgang im Jahr 1981 — erneut wachsen, während der Preisanstieg sich spontan auf weniger als 17 % verlangsamen dürfte. Die Rahmenbedingungen erscheinen daher für die endgültige Einführung der geplanten Anti-Inflationsmaßnahmen günstig, die die Inflationsrate innerhalb von zwei Jahren ungefähr auf den Durchschnitt der Partnerländer herabdrücken und die

Wirtschaft gleichzeitig auf ihrem mittelfristigen potentiellen Wachstumspfad halten könnten.

Die Wirtschaftspolitik für 1982 muß und kann daher unter dem Zeichen einer entschlossenen Anti-Inflationspolitik, d.h. einer rigorosen Geldpolitik und eines langsameren Kostenanstiegs stehen, die gleichzeitig verfolgt werden müssen. Es geht also zunächst darum, die volkswirtschaftliche Liquiditätsquote weiter zu senken, indem eine erneute Einschränkung des Wachstums der Kredite insgesamt und eine weitere Verringerung der Liquidität der finanziellen Ersparnis erreicht wird. Die größte Schwierigkeit hierbei wird die Begrenzung des öffentlichen Defizits auf 50 000 Milliarden Lire für die Nettokreditaufnahme des öffentlichen Sektors im weiteren Sinne und auf 9 % des Bruttoinlandsprodukts für den Finanzierungsbedarf des Staates sein, was jedoch unumgänglich ist, wenn man die Kreditversorgung der Unternehmen nicht übermäßig begrenzen will. Die Haushaltspolitik sollte daher 1982 bemüht sein, neue Einnahmequellen zu erschließen und vor allem die Ausgaben zu beschränken, denn die automatische Entwicklung der Haushaltsblöcke würde dazu führen, daß beträchtlich über das Ziel hinausgeschossen würde. Aber auch die seit Monaten unternommenen Anstrengungen, den *circulus vitiosus* des Preis- und Kostenanstiegs zu durchbrechen, müssen zu entscheidenden Ergebnissen führen. Voraussetzung dafür ist, daß die Initiativen der Regierung, die eine zusätzliche Verlangsamung des Verbraucherpreisanstiegs auslösen sollen, von Erfolg gekrönt sind und daß sich infolgedessen bei der Erneuerung der zahlreichen, wichtigen Tarifverträge, die Ende 1981 auslaufen, eine maßvolle Haltung durchsetzen kann, und daß außerdem eine Einigung zwischen den Beteiligten über eine Lockerung des Mechanismus der gleitenden Lohnskala zustande kommt.

Über diese Konjunkturmaßnahmen hinaus erfordert die Ausschaltung der Inflation die Einführung von Dauerregelungen, die in Zukunft die Liquiditätschöpfung durch das Haushaltsdefizit stark verringern, das in der Vergangenheit deren Hauptquelle war. Dies erfordert zweierlei Arten von Maßnahmen, die einmal die Finanzierung des Defizits und zum anderen das Defizit selbst betreffen. Bei der Finanzierung muß, wie dies zur Zeit allmählich geschieht, die Inanspruchnahme des Geld- und Kapitalmarktes durch schrittweise Einführung einer einheitlichen Kassenhaltung im öffentlichen Sektor beschränkt werden; außerdem muß durch Einstellung der automatischen Zentralbankinterventionen bei der Begebung von Staatspapieren das Wachstum der Geldmenge besser kontrolliert werden. Die Notwendigkeit einer Senkung des Staatsdefizits selbst verlangt um so energischer Anstrengungen, als sie sich auf die laufenden Transaktionen konzentrieren müssen. Dies würde insbesondere eine bessere Kontrolle der Verwal-

tungsausgaben der Behörden und öffentlichen Dienste einschließen, eine Etatausgleichspflicht für bestimmte strukturell defizitäre Verwaltungszweige — in erster Linie das Gesundheitswesen und die Rentenversicherung —, die Änderung der Automatik bei den Zuweisungen, die von den Staatseinnahmen zugunsten der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften abzuzweigen sind, und die Wiedereinführung der Steuerhoheit zu ihren Gunsten.

Sonstige notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation, wie die Beseitigung von Gewohnheiten oder Regelungen, die die Kosten im Handel und in der Bauwirtschaft in die Höhe treiben, gehören zur Angebotspolitik und somit zur Gesamtheit der Vorkehrungen, die die Anpassung der Produktionsstrukturen an die Erfordernisse einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft beschleunigen können.

Die notwendigsten und dringendsten dieser Maßnahmen betreffen den Energiebereich, wo die Lage durch eine immer noch äußerst hohe Abhängigkeit von Erdöleinfuhren gekennzeichnet ist, da eine

systematische Politik der Energieeinsparung und -substitution verzögert wurde. In den nächsten Jahren müssen energische Anstrengungen zum Einsparen, zur Förderung heimischer Energiequellen und der Kernkraft und zur Umstellung auf die Kohle unternommen werden. Weitere Maßnahmen werden nötig sein, um die Umgestaltung der Industrie im Sinne einer Schwerpunktverlagerung von den traditionellen Industriezweigen und der Schwerindustrie, die häufig mit der internationalen Konkurrenz nicht mithalten können, auf technologisch anspruchsvolle Industrien mit hoher Wertschöpfung zu unterstützen, deren außenwirtschaftliche Bilanz sich günstiger entwickeln muß. Die Stärkung der Produktionsstrukturen verlangt schließlich intensivere Bemühungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit. Dabei wären insbesondere eine höhere Effizienz der öffentlichen Dienste, eine umfassendere Beteiligung der südlichen Landesteile, allgemeine Anstrengungen zur Anpassung der produktiven Strukturen und eine bessere Anpassung der Berufsausbildungseinrichtungen an den Bedarf anzustreben.

TABELLE 9

Italien: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselbst- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates (4)	Sparquote der privaten Haushalte	Geldmenge (M ₂) Zuwachs (5)
	% (2)	% (2)	% (3)	% (2)	% (2)	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	5,9	6,3	5,5	3,5	10,3	+1,7	-1,9	:	13,9
1970-1979	3,3	2,5	5,6	13,2	17,8	+0,2	-9,1	25,2	19,6
1979	5,0	4,0	7,5	14,9	17,9	+1,6	-9,4	26,1	20,3
1980	4,0	3,0	8,0	20,3	22,0	-2,5	-7,8	24,3	12,0 (6)
1981 (1)	-0,3	-0,6	8,6	19,5	19,3	-2,3	-9,0	23,5	3,2 (6)

(1) Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

(2) Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

(3) Definition SAEG.

(4) Nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

(5) Jahresende.

(6) M₃ = 1980: 16,9.
1981: 17,5.

In *Luxemburg* ist das Bruttoinlandsprodukt 1981 um rund 3 % zurückgegangen und könnte 1982 noch weiter schrumpfen, was zu einer Verschlechterung der bislang noch recht guten Beschäftigungslage führen würde. Eine Umstrukturierung der Industrie wird daher noch dringlicher, desgleichen ein möglichst weitgehender Druck auf die Produktionskosten. In diesem Zusammenhang dürfte die Anwendung der im vergangenen Mai mit den Sozialpartnern getroffenen Vereinbarungen, die insbesondere eine Lockerung des Indexsystems vorsehen, einen nennenswerten und in Anbetracht der

jüngsten Beschleunigung des Verbraucherpreisauftriebs besonders willkommenen Beitrag leisten.

Die im Rahmen des Haushaltsentwurfs für 1982 angekündigte strengere Ausgabenpolitik muß darauf abzielen, den für die industrielle Erneuerung notwendigen Handlungsspielraum sicherzustellen und eine Erhöhung der Steuerlast zu vermeiden. Es ist daher wichtig, daß die für das Nettodefizit des Staatshaushalts festgelegte Grenze eingehalten wird (2,6 Milliarden lfrs oder 1,9 % des Bruttoinlandsprodukts).

TABELLE 10

Luxemburg: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselb- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates ⁽³⁾	Sparquote der privaten Haushalte	Geldmenge (M ₂ /M ₃) Zuwachs
	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	%	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	3,9	3,8	0,1	2,3	6,2	7,1	+1,7	:	:
1970-1979	3,1	1,6	0,2	6,6	10,4	18,5	+2,6	:	:
1979	3,6	2,5	0,7	4,9	6,2	28,7	+0,1	:	:
1980	0,4	-0,6	0,7	6,3	8,2	22,8	-1,3	:	:
1981 ⁽¹⁾	-3,3	-3,6	1,0	7,9	9,0	18,6	-3,0	:	:

⁽¹⁾ Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

⁽²⁾ Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

⁽³⁾ Nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

In den *Niederlanden* kann nach den Vorausschätzungen für 1982 mit einer relativen Verbesserung der Wirtschaftslage im Vergleich zu den meisten anderen Ländern der Gemeinschaft gerechnet werden. Die Produktion wird wieder aufwärts gerichtet sein und die Inflationsrate relativ gemäßigt bleiben. Der Leistungsbilanzüberschuß des Jahres 1981 von zirka 5 Mrd. Gulden könnte 1982 13 Mrd. erreichen, hauptsächlich infolge des Anstiegs der Ausführpreise für Erdgas und wegen der Investitionsschwäche.

Hinter dieser ermutigenden Entwicklung verbergen sich allerdings nicht sehr günstige mittelfristige Aussichten; nach amtlichen Schätzungen wird das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren von 1981 bis 1985 nur um 1 % jährlich wachsen.

Den niederländischen Behörden ist daher an einer Konsolidierung der Wettbewerbsstellung der Wirtschaft gelegen. Die Verwirklichung dieses Zieles setzt nachhaltige Anstrengungen zur Umstrukturierung der Industrie voraus, die insbesondere zu einem weniger intensiven Energieverbrauch führen müssen, da die Erdgasförderung im Verlauf der achtziger Jahre stagnieren dürfte.

Eine weitere Voraussetzung ist eine anhaltend maßvolle Einkommensentwicklung sowohl im Interesse einer Senkung der Produktionskosten als auch zur Gewährleistung einer ausreichenden Rentabilität der Investitionen, die der Strukturwandel erfordert.

Die am 4. Oktober 1981 beschlossene Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem, die eine De-facto-Aufwertung des hfl gegenüber den am Wechselkursmechanismus teilnehmenden Mitgliedstaaten um rund 3,5 % bedeutet, kann ebenfalls zur Verwirklichung dieses Zieles beitragen, insbesondere durch eine Dämpfung der Einfuhrkosten, die günstigen Auswirkungen einer Verbesserung der Terms of Trade auf die Realeinkommen und die verbesserten Möglichkeiten für eine Zinssenkung.

Ein letzter Bestandteil der Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ist schließlich die Stabilisierung der Abgabenbelastung und die Verringerung des Haushaltsdefizits. Dementsprechend wurde auch der im September eingebrachte Entwurf des Staatshaushalts für 1982 erstellt, dem zufolge sich der Nettofinanzierungssaldo des gesamten Sektors Staat von 7,75 % des Volkseinkommens im Jahr 1981 auf 6,5 % im Jahr 1982 vermindern würde. Er sieht wesentliche Einsparungen insbesondere bei den sozialen Übertragungen, bei den Beamtengehältern und im Gesundheitswesen vor. Die Anpassungen, die von der neuen Regierung am Haushaltsentwurf vorgenommen wurden, lassen das Defizit unverändert; zusätzliche Ausgaben, insbesondere für Beschäftigungsmaßnahmen (2,5 Mrd. Gulden), sollen an anderer Stelle im Haushalt ausgeglichen werden. Auch bei einer Verringerung des Haushaltsdefizits im oben genannten Umfang wäre die Gefahr einer inflationären Finanzierung nicht abgewendet und würde die Belastung durch Steuern und steuerähnliche Abgaben in den Niederlanden weiterhin eine der höchsten in Europa bleiben.

TABELLE 11

Niederlande: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselbst- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates ⁽³⁾	Sparquote der privaten Haushalte ⁽⁴⁾	Geldmenge (M ₂) Zuwachs ⁽⁵⁾
	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	%	% ⁽²⁾	% ⁽²⁾	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	5,5	3,8	0,9	4,1	10,4	+0,5	-0,6	:	8,7
1970-1979	3,5	3,0	3,0	7,5	11,7	+1,3	-0,8	17,6	11,6
1979	2,2	0,4	4,1	4,4	7,8	-1,3	-3,7	14,5	7,6
1980	0,5	0,2	4,9	6,9	5,8	-1,4	-3,7	13,3	3,6
1981 ⁽¹⁾	-1,1	0,4	7,3	7,5	4,3	+0,6	-4,1	13,1	6,6

(1) Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

(2) Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

(3) Nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

(4) Privatsektor.

(5) Jahresende.

Im *Vereinigten Königreich* scheint die gesamtwirtschaftliche Produktion gegenwärtig zuzunehmen, nachdem das Bruttoinlandsprodukt seit dem zweiten Halbjahr 1979 um fast 6 % geschrumpft ist. Die Industrieproduktion ist insgesamt von Mitte 1979 bis Mitte 1981 um über 14 % gesunken. Dieser beispiellose Rückgang hat zu einem raschen Anstieg der Arbeitslosenquote geführt, die nunmehr bei über 11 % der Erwerbsbevölkerung liegt. Dagegen hat sich die rasch sinkende Inflationsrate seit 1980 um fast die Hälfte verringert.

Die sehr geringfügige Erholung, mit der man gegenwärtig rechnet und die weit hinter dem zurückbleibt, was für die gesamte Gemeinschaft erwartet wird, müßte ihre Impulse zum größten Teil von einem Tendenzumschwung des Lagerzyklus erhalten. Die jüngste Pfundabwertung wird durch Belebung der Ausfuhren die Erholung unterstützen, und eine weitere Verlangsamung der Inflation im Jahr 1982 nicht verhindern, die allerdings wahrscheinlich noch über 10 % liegen wird.

Seit 1979 besteht das Hauptziel der Wirtschaftspolitik darin, die hausgemachte Inflation unter Kontrolle zu bringen. Zu diesem Zweck wurde eine energische Geld- und Haushaltspolitik im Rahmen einer mittelfristigen Finanzstrategie verfolgt, die eine schrittweise Verringerung der öffentlichen Ausgaben und der Kreditaufnahme des öffentlichen Sektors in Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorsieht, im Einklang mit der Regierungspolitik eines stetigen, aber nicht exzessiven Abwärtsdrucks auf die monetären Variablen.

Ogleich die Regierung bei der Einführung dieser Strategie berücksichtigt hat, daß sie auf kurze Sicht zweifellos Schwierigkeiten hervorrufen würde, ist doch der Anstieg der Arbeitslosigkeit offensichtlich weit höher ausgefallen und dauerte länger an, als man erwartet hatte. Folglich müssen bei der Festlegung der Politik zwei Aspekte beachtet werden.

Erstens müssen die Kontrollen der inflationären Prozesse und die Stabilität der Finanzmärkte gewährleistet werden. Zweitens muß eine genau festgelegte Strategie verfolgt werden, um die Produktionskapazitäten der Wirtschaft zu verbessern und die sozialen Kosten des Anpassungsprozesses und insbesondere die Arbeitsmarktschwierigkeiten zu vermindern. Maßnahmen, wie sie die Regierung unlängst zur verstärkten Beschäftigung Jugendlicher und zur Förderung ihrer Berufsausbildung angekündigt hat, in Verbindung mit den sonstigen Regierungspolitiken zur Leistungssteigerung, Schaffung größerer Anreize und Wettbewerbsverstärkung in den nationalisierten Industriezweigen und anderswo in der Wirtschaft bedeuten einen wesentlichen Schritt in diese Richtung.

Nach dem derzeitigen haushaltspolitischen Kurs dürfte die tatsächliche Kreditaufnahme des öffentlichen Sektors im Haushaltsjahr 1981/1982 ungefähr der im Rahmen der mittelfristigen Finanzstrategie zugrunde gelegten Ziffer von 10,5 Milliarden £ entsprechen, was ein beträchtlicher Rückgang während eines einzigen Jahres wäre. Demnach würde sich die Kreditaufnahme in % des Bruttoinlandsprodukts von 6 % im vorhergehenden Haushaltsjahr auf 4,3 % verringern. Hingegen wird die Zunahme der Geldmengen (Sterling M₃) etwas über die Zielmenge von 6 bis 10 % hinausgehen.

Nach den derzeitigen Absichten der öffentlichen Stellen soll der Kreditbedarf der öffentlichen Hand im Haushaltsjahr 1982/1983 absolut etwas zurückgehen und damit dem in der mittelfristigen Finanzstrategie angegebenen Trendwert (3,2 % des Bruttoinlandsprodukts) näher kommen. Die am 2. Dezember 1981 angekündigten Ausgabenpläne,

die eine Steigerung um 5 Milliarden £ für 1982/1983 (weniger als 5 % in laufenden Preisen) vorsehen, stehen im Einklang mit diesem Ziel.

Damit eine straffe Haushaltspolitik verstärkt zur Verlangsamung des Einkommensanstiegs beitragen kann, ist es wichtig, daß der Staat die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst fest im Griff behält. Dadurch würde der Staat gleichzeitig seine Ausgaben begrenzen und hätte mehr Möglichkeiten, in dem oben angegebenen Sinne vorzugehen, um die derzeitigen Schwierigkeiten zu überwinden.

Die spürbare Abwertung des Pfundes in letzter Zeit hat die britische Industrie wettbewerbsfähiger gemacht. Gleichwohl besteht das Hauptziel der Wirtschaftspolitik nach wie vor darin, die Inflationsrate zu senken. Die zuständigen Stellen des Vereinigten Königreichs müssen deshalb bei ihrer Wirtschaftspolitik, auch im Hinblick auf kurzfristige Zinssätze, Wechselkursschwankungen in Rechnung stellen. Da sich die Haushaltssituation verbessert hat und die Trendrate des Kosten- und Preisanstiegs kaum mehr vom Gemeinschaftsdurchschnitt abweicht, würde die Politik durch mehr Wechselkursstabilität unterstützt.

Der scharfe Wettbewerb, dem die britische Wirtschaft in jüngster Zeit ausgesetzt war, hat zweifellos ihre Effizienz erheblich verbessert. Gleichwohl muß noch viel getan werden, um ihre längerfristigen strukturellen Schwierigkeiten zu überwinden. Die britische Wirtschaft leidet nach wie vor insbeson-

dere unter

- einem hohen Reallohniveau, niedriger Arbeitsproduktivität und niedriger Rentabilität der Unternehmen;
- einer sich zwar verbessernden, aber noch nicht genügend wettbewerbsfähigen Produktionsstruktur.

Durch mittelfristige Verringerung des Lohnanstiegs unter die in den übrigen wichtigsten Industrieländern erreichten Anstiegsraten und durch Ausbau der bereits erzielten Produktivitätsfortschritte müßte es möglich sein, die Rentabilität der Investitionen sowohl absolut als auch im Vergleich zu anderen Ländern beträchtlich zu steigern. Dadurch würden auch die britischen Ausfuhren wettbewerbsfähiger. Höhere Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit im Export wären ein Anreiz für Investitionen, die für die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität und Anpassung der Industriestrukturen notwendig sind. Dies wiederum würde die langfristigen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten verbessern.

Dieser Prozeß erfordert jedoch wahrscheinlich größere Veränderungen in der Zusammensetzung des Volkseinkommens im Sinne einer niedrigeren Lohnquote und einer höheren Gewinnquote, worin sich die Verlagerung der Ressourcen von dem in den letzten Jahren rasch angestiegenen Verbrauch hin zu Investitionen und Ausfuhren widerspiegeln würde.

TABELLE 12

Vereinigtes Königreich: Wichtigste Wirtschaftsdaten 1960-1981

Jahre	BIP Zuwachs real	BIP Zuwachs real je Beschäftigten	Arbeitslose in % der Erwerbs- personen	Verbraucher- preise Anstieg	Einkommen je unselb- ständig Beschäftigten	Leistungs- bilanz	Saldo des Staates ⁽⁴⁾	Sparquote der privaten Haushalte ⁽⁵⁾	Geldmenge (M ₃) Zuwachs ⁽⁶⁾
	% (2) (3)	% (2) (3)	%	% (2)	% (2)	% BIP	% BIP	%	%
1960-1969	3,1	1,8	1,8	3,5	6,1	-0,3	-1,0	8,1	5,2
1970-1979	2,2	2,7	4,0	12,3	15,1	-0,9	-2,4	11,3	13,8
1979	0,9	0,4	5,3	12,5	15,7	-1,2	-3,3	14,1	12,7
1980	-1,4	0,4	6,9	15,5	19,6	1,2	-3,5	15,1	18,6
1981 (1)	-1,2	2,5	10,2	11,8	12,1	1,2	-2,2	13,0	11,5

(1) Vorläufige Schätzung der Kommission, ausgehend von der bisherigen oder zu erwartenden Politik.

(2) Veränderung in % gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum, Jahressatz.

(3) Auf Ausgabenbasis.

(4) Nach dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne Darlehen, Vorschüsse und Beteiligungen (netto).

(5) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Vereinigten Königreichs.

(6) Sterling M₃ Rechnungsjahr.

In den Jahren 1979 und 1980 sind die Geldmengen Zahlen durch die Existenz und die Abschaffung des „Korsetts“ Mitte 1980 verfälscht. Nach Ausschaltung dieses Einflusses ergibt sich als Wachstumsrate der Geldmenge für 1979 wie für 1980 etwa 14,6 %.

Anmerkung: Zahlen bis 1979 auf ESVG-Basis, falls nichts anderes vermerkt.

5. SCHLUSSFOLGERUNG

Von den weltweiten Strukturverschiebungen, den Folgen der beiden Ölpreisschocks, den Turbulenzen der Zins- und Wechselkursentwicklung, den Ungleichgewichten der öffentlichen Haushalte und Zahlungsbilanzen sind alle Industrieländer fast ohne Ausnahme getroffen worden. Industrie- und Entwicklungsländer leiden gemeinsam unter einer schmerzhaften und anhaltenden Anpassungskrise.

Einige der Industrieländer, wie die USA und vor allem Japan, sind jedoch mit den Anpassungszwängen der 70er Jahre besser fertig geworden. In den USA hat die Beschäftigung von 1974 bis 1980 um rund 12 Millionen, in der Gemeinschaft dagegen nur um 118 000 zugenommen. Japan gelang es dank seiner Wettbewerbsfähigkeit und Exportdynamik, seit 1976 ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 5,3 % im Jahr zu erzielen. Sowohl die USA als auch Japan weisen neuerdings wieder Überschüsse in der Leistungsbilanz auf (siehe Tabelle 14).

Zu dieser Anpassungskrise kam die von der zweiten Ölpreiserhöhung und der Dollarinstabilität ausgelöste Rezession. Sie ist hartnäckiger gewesen und hat den europäischen Volkswirtschaften mehr Schaden zugefügt als Japan und den USA. Das reale Bruttoinlandsprodukt für die Gemeinschaft insgesamt wird 1981 leicht schrumpfen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der Gemeinschaft ist seit Anfang 1980 bis heute um rund 3 Millionen gestiegen und hat 9 Millionen, das sind mehr als 8 % der Erwerbsbevölkerung, überschritten. Die Erfolge bei der Bekämpfung der Inflationsraten sind bescheiden geblieben, die Divergenzen in der Kosten- und Preisentwicklung zwischen den Mitgliedsländern sind größer geworden. Zahlungsbilanzdefizite und Zinssätze haben Rekordhöhe erreicht.

Der Konjunkturzyklus in Europa wendet sich zum Besseren. Die Gemeinschaft ist herausgefordert zu gewährleisten, daß die für 1982 erwartete bescheidene konjunkturelle Erholung in eine Periode stetigen Wirtschaftswachstums und anhaltender Stabilität mündet, so daß in einem Klima niedriger Inflation neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Aber dieser vom Export getragene Aufschwung bleibt zerbrechlich und hängt vom optimalen Zusammenwirken wichtiger Bedingungen ab: von der günstigen Expansion des Welthandels, von der verbesserten und anhaltenden Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten und von sinkenden Zinssätzen. Er sollte auf nationaler Ebene gekräftigt werden durch bessere Unternehmenserträge, wirksamere Anreize und leichter verfügbares Kapital, um die Investitionen zu ermutigen und die Erneuerung und Restrukturierung der produktiven Kapazitäten in Europa zu erleichtern.

Eine günstigere Zahlungsbilanzentwicklung würde den Spielraum für die Senkung der Zinsen und die Lockerung der Geldpolitik erweitern. Wenn die Gemeinschaft die Ausweitung der außenwirtschaftlichen Nachfrage nutzen will, sollten alle Neigungen gegenüber einem stärkeren Protektionismus entschlossen zurückgewiesen werden. Soweit Möglichkeiten für eine selektive Nachfragestützung bestehen, müssen sie in Bereichen wahrgenommen werden, wo Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten verfügbar sind und wo die unmittelbaren Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz gering sind.

Mit der Neuordnung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem vom 4. Oktober 1981 ist ein neuer Markstein für die künftige Wirtschaftspolitik gesetzt worden. Die Anpassung der Kurse war für sich selbst gesehen ein Akt vernünftiger Handhabung des Systems. Sie hat bestätigt, daß es anpassungsfähig ist und sprunghaften oder übertriebenen Wechselkursbewegungen zwischen den teilnehmenden Ländern keinen freien Lauf läßt. Die Neufestsetzung der Kurse unterstreicht aber auch die Notwendigkeit, daß neue und größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um bei den Kosten sowie in der Haushalts- und nationalen Geldpolitik eine konvergente Entwicklung zu erreichen. Darüber hinaus rechtfertigt die Neuordnung der Kurse ihrerseits interne Anpassungen der Wirtschaftspolitik: eine schärfere Kontrolle der Budgetdefizite und der Kosten in Abwertungsländern, konjunkturstützende Schritte, vor allem Zinssenkungen, in Aufwertungsländern. Auf der Grundlage einer besseren Konvergenz und wirtschaftspolitischen Abstimmung entsprechend dieser Linie wird die Gemeinschaft in die Lage versetzt, das Europäische Währungssystem zu festigen. Dieses System ist ein wesentliches Element im Spektrum der wirtschaftspolitischen Instrumente, die notwendig sind, um aus der konjunkturellen Belebung eine Periode stetigen und stabilen Wachstums werden zu lassen.

Die verbesserten Aussichten und die möglichen Ergebnisse im Jahr 1982 reichen weder aus, um den Trend der Arbeitslosigkeit umzukehren und das zunehmende Arbeitskräfteangebot aufzunehmen, noch um die wirtschaftliche Schwäche und die Fehler in der Wirtschaftspolitik auszugleichen. Sie haben Europa schlecht geschützt zurückgelassen nach den großen Schockwellen, die über die Weltwirtschaft hinweggegangen sind.

Radikalere und grundlegendere Änderungen in der makro-ökonomischen Steuerung der öffentlichen Haushalte, in der sektoralen Anpassung und im

Verhalten der Sozialpartner sind notwendig. Unsere Erfahrungen in der Gemeinschaft und außerhalb zeigen, daß diese großen wirtschaftlichen

Anpassungen möglich sind und auch zum Erfolg führen, wenn die wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen klar und richtig getroffen werden.

TABELLE 13

Wichtige Wirtschaftsindikatoren, EG, USA, Japan

Jahre	BIP/BSP Volumen (1)	Gesamt- beschäftigung	Arbeits- losigkeit	Deflator des privaten Verbrauchs	Relative Lohn- stückkosten (2)	Leistungs- bilanz	Haushalts- defizit (3)
	% Veränderung	% Veränderung	in % der Erwerbs- bevölkerung	% Veränderung	% Veränderung	% BIP	% BIP
EG:							
1974-1978	2,1	-0,1	4,5	10,7	0,5	-0,1	-3,7
1979	3,4	0,7	5,4	9,6	8,6	-0,5	-3,6
1980	1,1	0,0	6,0	11,8	6,2	-1,4	-3,5
1981 (4)	-0,5	-1,3	7,8	11,3	-14,5	-1,2	-4,4
USA:							
1974-1978	2,5	2,0	6,9	7,3	-3,2	-0,3	-0,9
1979	2,4	3,5	5,8	8,9	1,1	-0,8	+0,5
1980	-0,2	0,3	7,1	10,2	1,5	+0,1	-1,2
1981 (4)	1,9	1,5	7,4	8,4	14,0	+0,2	-0,8
Japan :							
1974-1978	3,3	0,8	1,9	10,3	3,0	+0,5	-3,2
1979	5,6	1,3	2,1	2,0	-14,2	-0,9	-4,7
1980	4,1	1,0	2,0	7,1	-10,7	-1,0	-3,9
1981 (4)	4,0	1,0	2,1	5,4	10,4	+0,3	-3,0

(1) EG: BIP; USA und Japan: BSP.

(2) Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe in Dollar, bezogen auf den gewogenen Durchschnitt von 17 Wettbewerbsländern.

(3) Nettokreditgewährung (+) oder -aufnahme (-) des Staates insgesamt in den Abgrenzungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

(4) Schätzung.

Quelle: Eurostat, National Accounts of OECD countries, Vol. II; Schätzungen der Dienststellen der Kommission.